

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 1.50 RM, monatlich 0.50 RM, wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnement: 1.50 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: K. G. Lohmeyer.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die schlagzeilige Kolonelle über dem Raum 60 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgebundene Wort 20 Bg. (gewöhnlich 3 festgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 28. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Bülow und Bethmann.

Von E. D. Bernstein.

In alten Märchen liest man oft von einem kranken König und einem Aufruf an alle diejenigen, welche ein Mittel zur Heilung von des Königs Leiden zu haben glauben, sich einzufinden und den Beweis zu liefern, daß ihr Mittel das rechte sei und sie die berufenen Retter. Der ihnen winkende Preis ist dann meist die Hand der selbstverständlich stets wunderschönen Tochter des Königs.

Solche kranken Märchenkönige sind heute die Länder, über die der Krieg gekommen ist. Er zehrt an ihren besten Organen, entzieht ihnen die wertvollsten Lebenskräfte und bedroht sie dadurch mit schließlich eintretender völliger Entkräftung. So schauen sich denn immer mehr Menschen nach dem Heilungsmittel aus dem Märchenlande um, der das fertig zu bringen vermag, was die Kunst der Leib- und Hofärzte — will sagen der im Amte befindlichen Staatsmänner nicht erwirken will. Wenn die Menschen in großen Nöten sind, werden sie leicht wundergläubig. Soweit sie fromm sind, beten sie zum Himmel um das rettende Wunder, soweit sie an keine übersinnliche Macht glauben, blicken sie nach dem Uebermenschen aus, der die Rettung bringen kann und soll.

Solcher Leute, die auf der Suche nach einem Uebermenschen aus sind, gibt es heute auch bei uns in Deutschland nicht wenige. Nicht alle aber wollen von ihm das Gleiche. Den einen ist es nur um den Frieden schlechthin zu tun, andere aber wollen, um es ganz objektiv auszudrücken, einen vor allen Dingen materiell ertragreichen Frieden, und da Herr von Bethmann Hollweg ihnen den nicht in der gewünschten Beschaffenheit in Aussicht stellt, wäre ihnen dessen Ersetzung durch einen Kanzler gar sehr erwünscht, von dem sie solche Wunderdinge erwarten können, wie eine Verschmelzung ganzer Nationen bis zur bedingungslosen Unterwerfung unter ihnen ausgeherrschte Friedensvorschriften. Die sogenannte Bethmann-Fronde, d. h. die persönlich zugespitzten Angriffe auf Bethmann Hollweg aus den Reihen derer, die sich die Staatsverhaltenden nennen, mögen bei einigen mehr Pressionsmittel sein, Drohung oder Bluff, um den jetzigen Kanzler zur Verflüchtigung von Kriegszielen in ihrem Sinne auszustacheln. Bei anderen aber sind sie ganz ersichtlich von dem Wunsch eingegeben, einen unternehmungslustigeren Mann an der Stelle zu sehen, wo jetzt der „langweilige“ Schloßherr von Hohenfinow steht.

In diesen Regionen hat man denn auch mit lautem Jubel das Buch begrüßt, das Bethmanns Vorgänger im Amt, Fürst Bülow, unter dem Titel „Deutsche Politik“ (Verlag Reimar Hobbing, Berlin) veröffentlicht hat und das im wesentlichen eine Vorführung und Begründung der Gesichtspunkte ist, nach denen Bülow zufolge Deutschlands Politik betrieben werden muß, von ihm während seiner Kanzlerschaft betrieben wurde und somit auch, hat der Leser im Geist hinzuzufügen, von Bülow betrieben werden würde, wenn er aufs neue das Kanzleramt zugewiesen erhielte. Die Mehrzahl der Organe unserer Partei, die von diesem Buch Notiz genommen haben, haben ihm eine ziemlich schroffe Abweisung zuteil werden lassen. Donach möchte es überflüssig erscheinen, sich noch weiter mit ihm zu beschäftigen. Indes haben sich auch Sozialisten gefunden, die ihm eine gute Note erteilt haben, und dies sowie die Dithyramben, die ihm von Blättern gesungen werden, hinter denen Leute von nicht zu unterschätzendem Einfluß stehen, rechtfertigen es, das in dem Buche entwickelte Programm etwas genauer zu betrachten.

Nieht man die drei Jahre hinzu, während deren Bülow unter dem greisen Chlodwig Hohenlohe zwar nur erst Staatssekretär des Reichens war, aber doch in dieser Amtsstellung eine ganz andere Rolle gespielt hat, als sie heute Herr v. Jagow beschieden ist, so kann man sagen, daß Bülows Amt als Vertreter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches zusammenfällt mit der Epoche, wo Deutschland anfängt, in größerem Stil und mit stärkerer Betonung „Welt-politik“ zu treiben, was sich bei Bülow in Weltmacht-politik überseht. Es sind die Jahre der großen Flotten-vorlagen, der Einleitung der deutschen Orientpolitik, der Festsetzung Deutschlands in China und der Tanagerfahrt mit Aguirre im Gefolge. Dieses und vieles andere schildert der vierte deutsche Reichskanzler mit erschütternder Genugtuung in seiner bekannten leichtflüssigen Manier, wobei er es an Zitaten nicht mangeln läßt, die diesmal zu einem guten Teil aus der Literatur der Diplomatie stammen, und es mühte unnötig zugehen, wenn die Vorführung seiner Politik sich nicht unter seiner Feder zur Verherrlichung dieser Politik gestaltete. Der Leser des Buches empfängt den Eindruck, daß hier ein Staatsmann vor ihm tritt, der durch Festigkeit und diplomatisches Geschick das zu bewirklichen wußte, was er sich zum Ziel gesetzt hatte, und am Ende seiner Amtstätigkeit Deutschlands Macht und Geltung in der Welt sehr wesentlich stärker zurückließ, als sie zu deren Beginn gewesen waren. Ueber die Reihen seiner Erfolge gleitet er, sofern er ihrer überhaupt gedenkt, was ziemlich selten der Fall ist, mit einigen eleganten Wendungen hinweg.

Darauf käme auch nicht allzuviel an, wenn das Buch lediglich Erzählung sein wollte. Niemand wird eine solche als erschöpfende Geschichtsdarstellung betrachten. Aber das Buch ist eine Tendenzschrift. Es ist als solche mit politischen

Sentenzen durchsetzt, die zusammen, wie bemerkt, ein ganzes Programm abgeben, und wird von seinen Lobrednern als eine solche Programmschrift propagiert. Seine Auslassungen über die auswärtige Politik werden unter anderem als Kundgebung der Richtschnur bezeichnet, an die Bülow sich für die Bestimmung der Kriegsziele halten würde, wenn er das Steuerruder des Reiches wieder in Hand bekäme. Und da fehlt es denn in der Tat nicht an Sätzen, die Bülow als den — sagen wir wagen den — Staatsmann erscheinen lassen, nach dem die Leute rufen, die nur von einem Frieden wissen wollen, den Deutschland diktiert.

Gleich im Vorwort stoßen wir da auf die Erklärung, das Ergebnis des Krieges dürfe kein negatives, es müsse ein positives sein. Es handle sich „nicht darum, daß wir nicht vernichtet, nicht verkleinert, noch zerstört, noch ausgeraubt werden, sondern um ein Plus in Gestalt realer Sicherheiten und (1) Garantien als Entschädigung für nie gesehene Mühen und Leiden, wie als Bürgschaft für die Zukunft“. Unterscheidet sich dies noch wenig von den programmatischen Erklärungen Bethmann Hollwegs, so klingt es schon wesentlich mehr nach der Seite der Eingabe der sechs Verbände, denen Bülow denn auch an einer Stelle ein tiefes Kompliment macht, wenn er fortfährt:

Gegenüber der Stimmung, die dieser Krieg gegen uns zurücklassen wird, würde die einfache Wiederherstellung des Status quo ante bellum (Zustandes vor dem Kriege) für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten. Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen können, daß unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde.“ (S. XII.)

Dieser Satz, dessen sich die Presse der Entente-Länder sofort bemächtigt hat, ist das Leitmotiv aller weiteren Ausführungen Bülows, die sich auf die Kriegsziele beziehen. Er vermeidet es zwar weislich, allzu konkret zu werden, gibt aber deutlich zu verstehen, daß im Westen und im Osten Deutschlands Grenzen eine vorteilhaftere Gestalt erhalten müssen und ermöglicht dem Leser die Folgerung, daß er — Bülow — im gegebenen Zeitpunkt weit kräftiger zugreifen werde, als der jetzige Kanzler. „König Ludwig III. — heißt es auf S. 85/86 — hat dem bayerischen und (1) dem deutschen Volke aus dem Herzen geredet, wenn er sagte, daß wir einen Frieden brauchen, der uns die Ruhe sichert; so ungeheure Opfer dürfen nicht umsonst gebracht worden sein.“ Wie König Ludwig das damals im konkreten gebedeutet hat, ist bekannt, bekannt ist aber auch, welches Echo diese Deutung seinerzeit in der Welt hervorgerufen hat. Sie heute wieder aufzufrischen, ist von einem Politiker, der das Ausland einigermassen kennt, ein um so stärkeres Stück, als Bülow an anderen Stellen seines Buches in allerhand Variationen dem Leser zu Gemüte führt, daß die Leitung der auswärtigen Politik einer feinen und starken staatsmännischen Hand bedürfe. Es ist aber von jeder Bülows Art gewesen, nach allen Richtungen hin Verbeugungen zu machen. In den Salons der Diplomatie mag das auch am Platze sein. Die von der fürstbarsten Heimischung getroffene Welt bedarf aber einer anderen Sprache. Hier heißt es: entweder — oder. Entweder bekenne dich rundheraus zur Politik des Draufgängertums mit allen seinen Konsequenzen und Gefahren für dein Volk oder denke bei allen Maßnahmen der Gegenwart, die du empfehlst, an ihre Wirkungen in der vor dir und deinem Volk liegenden Zukunft. Wir haben es erlebt und sehen es heute deutlicher als je vor uns, wie die 1870/71 besetzte Politik der Grenzregulierung auf der Basis des Kriegsglücks auf die Beziehungen des deutschen Volkes zu einem großen Nachbarvolke zurückgewirkt hat und was das Ende davon war. Eine Staatskunst, die diese Lehren leicht hin beiseite schiebt, statt sie dem eigenen Volke, dessen Urteil durch die Quellen, aus denen es seine Informationen über die Ursache und Entstehung des Krieges empfängt, unfehlbar geworden ist, in passender Form nachdrücklich zum Bewußtsein zu bringen, hat auf alle möglichen Bezeichnungen Anspruch, nur nicht auf den Titel fein und staatsmännisch. Ebenjowenig ist sie im politischen Sinne des Wortes wahrhaftig stark.

Aber wir brauchen gar nicht erst an die Zukunft zu denken. Schon mit Rücksicht auf die platte rauhe Gegenwart stellt sich das Problem ganz anders, als wie Bülow es präsentiert. Den am Ruder befindlichen Staatsmännern stehen für die Erzielung eines vernünftigen Friedens in fast allen Ländern ihre eigenen Reden aus dem ersten Kriegsjahr im Wege, wo Erfolgsglaube oder Leidenschaft sie zu den weitestgehenden Ankündigungen über das Kriegsziel hinriß. Die Wahrscheinlichkeit ist, daß die bittere Notwendigkeit überall ein Zurückgehen von diesen Programmen erzwingen wird, und wo die Herren, die sie verkündet haben, nicht insstande sind, selbst von ihnen abzugehen, wird freilich ein Personenwechsel unerlässlich werden. Aber kein Land wird seine Lage dadurch verbessern, daß es, biblisch ausgedrückt, den alten Salomon wegbetet, um ihn durch den jugendfrischen Rehabeam zu ersetzen. Der Umstand, daß Herr v. Bethmann Hollweg von denen um Wasser, Dertel und Westarp in unsinniger Art bekämpft wird, kann für die Sozialdemokratie kein Grund sein, von ihrer Oppositionsstellung ihm gegenüber abzulassen. Zwischen ihm und uns klafft der Unterschied einer ganzen Weltanschauung, den der gegenwärtige Krieg nur vertiefen

konnte. Soviel müssen wir aber doch sagen, an dem Geist gemessen, der durch dieses Buch Bülows zieht, erscheint der gegenwärtige Kanzler immer noch als einigermassen fortschrittlich angehaucht.

Ein Diplomat aus den Tagen der alten Kabinettspolitik konnte in seinen politischen Anweisungen nicht mit größerer Gleichgültigkeit über alles hinweggehen, was in den Herzen und Köpfen der Völker lebt, als es hier von seinen des Mannes geschieht, der sich sonst auf seine Modernität gern etwas zugute tat. Er vertritt hier nur die schlimmsten Seiten der Staatsentwicklung unserer Tage. Eine Modernität, von der wir übergemug haben.

## Kein deutscher Boykott neutraler Firmen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Im britischen Unterhause hat der Minister Lord Robert Cecil das System der Boykottierung neutraler Firmen durch die amtliche schwarze Liste gegenüber der in Amerika entstandenen Bewegung zu verteidigen gesucht. Was er dabei vorgebracht hat, ist schon in den neutralen Mächten unterm 15. Juni 1916 überreichten Denkschrift der deutschen Regierung über die völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands gegen neutrale Firmen, die Handelsbeziehungen zu Deutschen unterhalten, eingehend widerlegt worden. Lord Robert Cecil hat nicht einmal den Versuch gemacht, die völkerrechtlichen Darlegungen und tatsächlichen Feststellungen dieser Denkschrift zu entkräften. Dagegen hat er sich bemüht, die Methode des Anschuldigung auch auf die deutsche Regierung anzuwenden, indem er, wie Reuters meldet, behauptet, die englische Regierung habe Nachrichten, daß die deutsche Regierung ähnliche Schritte wie die englische gegen Firmen in neutralen Ländern unternommen habe. Diese Behauptung ist völlig unzutreffend. In Deutschland ist niemals eine Maßnahme getroffen worden, die irgendwie mit den völkerrechtswidrigen Eingriffen Englands in die Handelsfreiheit der Neutralen verglichen werden könnte.

## Amerikas Stellung zur „Schwarzen Liste“.

Amsterdam, 27. Juli. (B. L. V.) Der „Times“ wird aus Washington berichtet, daß das Kabinett über die Frage der Schwarzen Liste beriet. Unmittelbar darauf hatte der britische Botschafter eine lange Unterredung mit dem Unterstaatssekretär des Staatsdepartements Voll. Er versprach, daß im britischen Parlament zur Aufklärung des Mißverständnisses, das bezüglich der Schwarzen Liste herrsche, eine Erklärung abgegeben werden würde. Das Handelsverbot beziehe sich nur auf Firmen, die den größten Teil ihres Gewinns dem Handel mit dem Feinde verdanken und ihren Kredit zu seiner Verfügung stellen.

New York, 26. Juli. (Zuspruch des Vertreters des B. L. V.) Mit Bezug auf die Ankündigung Englands, daß Geschäftshäuser, die ihren Sitz in Amerika haben, auf die schwarze Liste gesetzt werden sollen, besagt eine Washingtoner Meldung, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß neue diplomatische Vorstellungen die Folge sein würden, wenn amerikanische Firmen oder Bürger benachteiligt werden sollten. In amtlichen Kreisen wird es als ein klarer Grundsatze des Völkerrechts angesehen, daß Geschäftsfirmen die Staatsangehörigkeit des Landes annehmen, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

## Kriegs-Prosperität.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Im englischen Unterhaus hat vor einigen Tagen der Vorsitzende des Lokalverwaltungsamts Long mitgeteilt, daß der Pauperismus im Land nie so gering gewesen sei wie jetzt. Arbeitslosigkeit gibt es so gut wie überhaupt nicht und die Arbeitslosenklassen wurden im vorigen Jahre nicht in Anspruch genommen. Die Vagabondage beträgt ein Drittel der von 1912 und die Zahl der Unbehausten ist von 491 auf 44 gefallen. Der „Manchester Guardian“ macht zu diesen Bemerkungen, die teilweise auch in anderen Ländern wahrzunehmen sind, folgende treffenden Bemerkungen:

„Das ist eine furchtbare Kennzeichnung unserer Organisation in Friedenszeiten. Was besagen diese Ziffern? Sie sagen uns in der Tat, daß, wenn eine Möglichkeit für alle, zu arbeiten, da ist, so gut wie keine Beschäftigungslosigkeit, wenig Pauperismus und nichts als ein Rest der unglücklichen Leute vorhanden ist, die man als Unbehauste („homeless“) bezeichnet und die unter allen Männern und Frauen als diejenigen erscheinen, denen am wenigsten geholfen werden kann und die sich selbst am wenigsten helfen können. Wir dürfen beinahe sagen, daß der Pauperismus in der Kriegszeit gar nicht da ist, da von den verringerten Zahlen auf den Listen die Hälfte kranke Leute darstellt, die in Anstalten untergebracht sind, und die andere Hälfte so ziemlich ganz aus Kindern und Alten besteht. Der erwachsene Pauper von arbeitsfähigem Alter ist, wie es scheint, ganz verschwunden. Nun gibt es im ganzen genommen, zwei Theorien der sozialen Begründung. Die eine schreibt diese hauptsächlich Charakterfehler und Vererbung zu, und es wird angenommen, daß der Beschäftigungslose von Natur aus nicht beschäftigbar sei. Der Pauper ist also von Natur ein Abfall, der Trinker und Verbrecher sind Trinker und Verbrecher von Natur. Die andere Theorie schreibt diese Erscheinungen hauptsächlich den Fehlern der sozialen Organisation zu. Sie behauptet, daß die Beschäftigungslosigkeit hauptsächlich Folgeerscheinung einer schlecht organisierten Industrie, Armut und Pauperismus hauptsächlich Wirkungen der ungleichen Verteilung des Wohl-

Handes, und Trunksucht und Verbrechen hauptsächlich Wirkungen der Wohnungsverhältnisse, des Glucks usw. Diese Theorie läßt natürlich dem individuellen Charakter einen gewissen Spielraum, denn es ist klar, daß die Menschen nicht bloße Puppen der sozialen Kräfte sind. Aber sie legt das Hauptgewicht auf das soziale System. Die Tatsachen, die Herr Long zusammengefaßt hat, scheinen mächtig für die zweite dieser Theorien zu sprechen.

Der Krieg hat ein Experiment für uns gemacht — das Experiment einer Veränderung unseres sozialen Systems durch eine plötzliche Nachfrage nach der Beschäftigung eines jeden Mannes von militärdienstpflichtigem Alter, mit gleichzeitiger Unterstützung seiner Familie und weiter auch durch die Nachfrage nach Beschäftigung von jedem, ob Mann oder Frau, der mit seinem Gehirn oder mit seinen Händen arbeiten kann. Die Wirkung war, daß so ungefähr alles, was „Abfall“ genannt wird, beseitigt wurde. Die Unbeschäftigten haben gezeigt, daß sie nicht unbeschäftigbar sind, die Paupers haben sich selbst erhalten und die Unbesessenen haben Obdach gefunden. Das sind sichere Anzeichen, daß diese Klassen in der unglücklichen Lage, worin der Krieg sie fand, nicht so sehr infolge unausrottbarer persönlicher Defekte, sondern infolge von Mängeln unserer sozialen Organisation waren. Ist dem so, müssen wir nach dem Kriege trachten, daß unsere soziale Organisation reformiert werde. Es ist gut, ein kleines Stück solcher rekonstruierender Reform mitten im Blutvergießen aufzuzeigen.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 27. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. An der Somme war die Nacht ruhig. Im Laufe des Kampfes, der uns vorgestern gestattete, die Häuserinsel südlich von Estrées zu nehmen, machten wir 117 Gefangene. Wir erbeuteten drei neue deutsche Geschütze und viel Material, das wir in dem am 20. Juli nördlich von Soyeourt von uns eroberten Gelände gefunden haben. Damit beträgt die Zahl der an diesem Tage dem Feinde abgenommenen Geschütze sechs. Auf dem rechten Maasufer lebhafteste Artillerietätigkeit im Abschnitt von Fleury. Die haben feindliche Abteilungen nördlich von Chapelle-Sainte-Église unter Feuer genommen und zerstört. In der Nacht vom 25. auf den 26. Juli hat eines unserer Luftgeschwader 40 120-Millimeter-Bomben und zwei 200-Millimeter-Bomben auf militärische Anlagen bei Thionville und Rombach geworfen. Nach Erledigung dieses Auftrages flog dasselbe Geschwader vor Tagesanbruch von neuem auf, um ein wichtiges Munitionsdepot in der Nähe von Tux zu bombardieren. 18 Bomben wurden auf dieses Ziel geworfen. In derselben Nacht wurden 20 Bomben auf die Bahnhöfe von Wisnes und Oriennes und auf Lager in der Nähe von Darnedoung geschleudert.

Paris, 27. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend: Südlich der Somme machte uns ein Handstreich von German eines besetzten Hauses ungefähr 150 Meter südlich von Estrées; wir haben einige Gefangene gemacht. Vier 105-Millimeter-Geschütze, die in der vorgestern von uns südlich von Estrées eroberten Batterie genommen wurden, kommen zu dem bereits erbeuteten Material hinzu. An der übrigen Front war der Tag ruhig, außer in der Champagne, wo ziemlich lebhafter Artilleriekampf in dem Abschnitt westlich von Proches stattfand.

Britischer Bericht von 7 Uhr abends: Außer einigen Artilleriekämpfen und örtlichen ziemlich lebhaften Gefechten ist heute nichts sehr Wichtiges zu melden.

Belgischer Bericht: Einige Artillerietätigkeit an der Front der belgischen Armee.

## Die englische Meldung.

London, 26. Juli. (W. L. B.) Amtlich. Haig berichtet: Ganz Pozieres ist jetzt in unseren Händen. Westlich des Dorfes machten unsere Territorialen weitere Fortschritte, eroberten zwei starke Panzerbatterien und machten eine Anzahl von Gefangenen, darunter fünf Offiziere. Im übrigen keine Veränderung.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 27. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 26. Juli nachmittags.

Am 25. Juli sandte der Zar folgendes Telegramm ab: An den Oberbefehlshaber in Estland: „Voller Freude habe ich die Einnahme von Eginbjan erfahren. Ich spreche Dir und dem heldenmütigen kausischen Herr aus vollem Herzen meine Glückwünsche aus zu diesem Siege. Ich bin hoch erfreut, daß diese Truppen so schnell durch ihre Taten mein Vertrauen gerechtfertigt haben.“

Westfront: In der Gegend von Remiers (8 Kilometer westlich Schloß) griffen die Deutschen zweimal nach Artillerievorbereitung an. Sie drängten an einigen Punkten unsere vorderste Linien zurück, mußten sich aber dann unter unserem konzentrischen Feuer zurückziehen und das gewonnene Gelände unter großen Verlusten an Toten und Verwundeten aufgeben. Im Verlauf dieser Kämpfe verwendeten die Deutschen Explosivkörper, sowie Geschosse mit Stäbchen.

Nordöstlich Baranowitschi heftiges Artilleriefeuer auf beiden Seiten während des ganzen Tages und Kampf der Vortruppen, wobei die unsrigen an einigen Stellen ein wenig vorwärts kamen. Sechs feindliche Flugzeuge warfen 32 Bomben auf den Bahnhof Samirje (42 Kilometer nordöstlich Baranowitschi), 11 feindliche Flugzeuge warfen 71 Bomben auf den Bahnhof von Pogorzelski (22 Kilometer nordöstlich Baranowitschi). In der Gegend des Dorfes Wanki (24 Kilometer südöstlich Baranowitschi) überschritt eine feindliche Kompanie in der Nacht vom 25. Juli nach heftigem Artilleriefeuer den Fluß Schtschana und näherte sich unseren Stachdrahthindernissen. Sie wurden jedoch durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zurückgeschlagen. In der Gegend des Flusses wurde der Feind weiter unter sehr großen Verlusten zurückgedrängt. Wir machten 83 Offiziere und 4000 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 5 Geschütze und 6 Maschinengewehre, 12 Kisten mit Munition und anderes Kriegsmaterial. Die Gefangenenzahl wächst.

Kaukasus: Am 25. Juli besetzten die tapferen Truppen des Generals Jubenitsch nach Kampf die Stadt Eginbjan, womit sie die Eroberung Armeniens zu Ende führten.

Amtlicher Bericht vom 26. Juli abends.

An der Westfront und an der Kaukasusfront ist die Lage unverändert.

Im Schwarzen Meer begegnete eine Abteilung unserer Schiffe dem Kreuzer „Breslau“, der seinen Kurs auf Noworossisk hielt, und verfolgte ihn bis zum Einbruch der Nacht.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Im Zagorinal und im Abschnitt von Voreola überraschte unsere Artillerie durch ihr wirksames Feuer feindliche Abteilungen auf dem Marsche. Auf der Front Postina—Mastal schlugen wir in der Nacht

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. Juli 1916. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ancre und Somme bis in die Nacht hinein starke beiderseitige Artillerietätigkeit; feindliche Handgranatenkämpfe westlich von Pozieres wurden abgewiesen. Südlich der Somme ist ein französischer Angriff nordöstlich von Barleux gescheitert.

Diese Nacht wurden in Gegend Ralte Höhe—Fleury mehrere starke französische Angriffe abgeschlagen. An einigen Stellen dauern die Kämpfe noch an.

Starke englische Erkundungsabteilungen an der Front südwestlich von Warneton, Patronillen bei Richebourg abgewiesen; ein französischer Handstreich nördlich von Viennele-Château (Westargonnen) ist mißlungen. Unsere Patronillen haben bei Ville-ang-Bois und nordwestlich von Brunnay in der französischen Stellung rund 50 Gefangene gemacht.

Im Luftkampf wurde ein französischer Doppeldecker bei Beine (östlich von Reims) abgeschossen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Gestern abend führten die Russen vergebend gegen unsere Stellungen an der Schtschana nordwestlich von Dschowitschi an. Auch westlich von Berescezo wurden sie blutig zurückgewiesen.

Soupt sind abgesehen von einem für die Gegner verlustreichen Vorpostengefecht an der Romalka südlich von Widys keine Ereignisse zu berichten.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. Juli. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Westlich von Berescezo wurde ein russischer Nachtangriff abgeschlagen. Wiederholte heftige Angriffe, die der Feind gestern nachmittag zwischen Radziwillow und dem Styr führte, brachen unter schweren Verlusten zusammen. Beiderseits der Straße von Lecznio wählten die Russen ihre Anstrengungen auch in der Nacht fort; sie wurden nach erbittertem Kampfe zurückgeworfen und ließen tausend Gefangene in unseren Händen. Nördlich des Pristopatschels haben unsere Truppen die Vorrückung aufgenommen, den Gzaray Gzeremodj überschritten und mit Teilen die jenseitigen Höhen gewonnen, auf denen Gegenangriffe abgewiesen wurden.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Während im Kampfgebiet südlich der Val Sugana die Ruhe gestern anhält, wurde bei Paneruggio wieder heftig gekämpft. Von 7 Uhr vormittags an fanden die Stellungen unserer Truppen auf den Höhen südwestlich des Ortes unter äußerst heftigem, auch schwerem Geschützfeuer; mittags folgte gegen diesen Abschnitt ein harter italienischer Angriff, der bis 2 Uhr nachmittags unter schweren Verlusten des Feindes reißlos abgewiesen wurde. Hieran setzte das starke Geschützfeuer neuerdings ein. Um 6 Uhr nachmittags schritt der Feind mit frischen Truppen abermals zum Angriff vor. In erbittertem Nahkampf wurde er wieder vollständig zurückgeworfen; ein nochmaliger Vorstoß um 11 Uhr abends scheiterte gleichfalls. Unsere draven Truppen behielten alle Stellungen in Besitz. Auf den Höhen nördlich des Ortes war tagsüber Artilleriekampf im Gange. An der Raintner und Fongosfront stellenweise lebhaftere Geschütztätigkeit.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes  
v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

vom 24. zum 25. zwei heftige feindliche Angriffe gegen den Cimonegipfel zurück. Wir setzten unsere Kampftätigkeit fort, die dahin zielt, den Gegner von dem schwierigen, waldigen und abschüssigen Gelände des Cimone gegen Tonezza hinabzuwerfen. Auf der Hochfläche von Schlegien setzen sich unsere Truppen in den genannten Stellungen fest. Während kleiner Zusammenstöße wurden dem Feinde an 80 Gefangene abgenommen. Im Trabignolote belegten unsere Flugzeuge Paris und Magazine in Sellamonte mit Bomben. In Garnien Schüsse unserer Artillerie gegen Tier- und Wagenkolonnen auf der Straße des Monte Croce Comelico. Der Gegner warf einige Granaten auf bewohnte Orte im oberen Deganotal, die einige Opfer unter der Bevölkerung forderten. Am Fionzo kein wichtiges Ereignis. Man meldet immer ausgedehnteren Gebrauch von Explosivgeschossen auf Seiten des Feindes.  
Cadorna.

## Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 27. Juli. (W. L. B.) Das Hauptquartier berichtet:

Einer unserer Flieger überflog am 24. Juli Lenedos und schleuderte mit Erfolg Bomben auf feindliche Schiffe und Bräume, die in der Nacht erschienen waren. Am Morgen des 24. Juli landete der Feind unter dem Schutze einiger Fahrzeuge mehr als hundert Banditen auf dem Nordufer des Zuglades westlich von Kivadjik. Bei dem Zusammenstoß zwischen unseren Truppen und den Banditen verloren diese Tote und Verwundete und flüchteten sich dann auf die Schiffe. Inzwischen griffen zwei unserer Flieger die feindlichen Schiffe und Bräume mit Bomben und Maschinengewehrfeuer an und verursachten dem Feinde Verluste.

An der ägyptischen Front in der Nähe von Ratico Patronillenscharmügel. Ein Flugzeug, das der Feind vor Ghaza von einem Rutterstift aufsteigen ließ, wurde durch unser Artilleriefeuer und darauf durch einen unserer Flieger verjagt, der gleichzeitig die feindlichen Schiffe und die sie begleitenden Torpedoboote angriff und sie zur Flucht in nördlicher Richtung zwang.  
Von den anderen Fronten liegt keine Nachricht von Bedeutung vor.

## Günstiger Fortgang der Kämpfe.

Von Richard Gable.

25. Juli 1916.

Man muß es den Engländern lassen, daß sie nach dem Mißerfolg ihrer Angriffe vom 1. und 2. Juli sich gewaltig zusammengenommen haben, um die Scharte auszuweiden und wieder in gleiche Kampfesfront mit ihren französischen Bundesgenossen zu gelangen. Sie haben bedeutende Kräfte, eine gewaltige schwere Artillerie und ungeheure Geschossmassen aufgewendet, um ihren Angriff erneut in Fluß zu bringen. Gleichzeitig verringerten sie freilich die Angriffsfront. Das Gebiet nördlich des Ancre-Baches fiel für die Fortsetzung der Kämpfe aus. Andererseits steigerten sie die Tätigkeit ihres langen Demonstrationsschlüssels von Dirmuiden in Flandern bis zur Ancre. Lebhafteste Feuerkämpfe, Vorstöße kleinerer und größerer Abteilungen, Minen- und Gasangriffe sollten offenbar die dort stehenden deutschen Truppen festhalten. Diese Unternehmungen wuchsen sich am 19. Juli sogar zu einem starken Angriff zweier englischer Divisionen gegen unsere Stellungen bei Fromelles (westlich Dille) aus, der ihnen freilich eine blutige Abfuhr und einen Gesamtverlust von 7000 bis 8000 Mann eintrug. Durch zahlreiche Erkundungen kleinerer Abteilungen suchten sie sich im übrigen Kenntnis über die Verteilung und den Verbleib der deutschen Truppen zu verschaffen.

Inzwischen wurden ihre eigenen Kräfte zu neuen Schlägen zwischen Ancre und Somme bereitgestellt. Nach langer Vorbereitung und mehrtägigem Trommelfeuer brach am 14. Juli ein unerhört harter Sturm gegen die deutschen Stellungen vor Ouilers bis Longueval los, der am folgenden Tage mit aller Kraft fortgesetzt wurde. Alle Waffen, Fußvolk, Geschütze, zahlreiche Kampfesgeschwader von Fliegern und sogar — Reiterei, wurden in Bewegung gesetzt, um endlich den Durchbruch zu erzwingen. Aber die Franzosen südlich der Somme waren zurzeit nicht im Stande, ihre Bundesgenossen wesentlich zu unterstützen. Nach den ungenügenden Ergebnissen dieses Massensturms flaute der Kampf einige Tage lang ab, während General Haig im Verein mit dem französischen General Foch die Vorbereitungen zu einem noch größeren, gemeinsamen dritten Anlauf traf. Siebzehn Divisionen, über 200 000 Mann, waren zu ihm angepostet worden. Während des 19. und 20. Juli wogten die angedachten Scharen, oft in zehnfacher Weile, gegen die deutschen Stellungen heran. Erst nach wiederum zweitägiger Pause, die zur ausgiebigen Geschützvorbereitung benutzt wurde, konnten die Engländer am 23. Juli einen vierten Versuch wagen. Sie verwendeten zu ihm Teile von 11 Divisionen, die zum Teil in Eile von anderen Fronten herangezogen waren; ein Beweis, daß verschiedene der bisher verwandten Aufgebote ihre Kampfkraft bereits verbraucht hatten.

Die wiederholten, diesmal mit rücksichtslosem Einsatz des Menschennaterials durchgeführten Angriffe, haben den Engländern, wie die deutschen Berichte ausgeben, einige örtliche Erfolge gebracht. Sie haben Ouilers, die Weiler Groh- und Klein-Basentin, den Tröneswald, Hardecourt gewonnen und südlich dieses Dorfes ihre Linie bis zur Kleinbahn Combles-Bérone vorwärts bringen können. Vom Dorfe Pozieres an der Hauptstraße Albert—Bapaume konnten sie in blutigem Kampfe nur einige wenige Häuser des Westrandes in ihren Besitz bringen. Aber auch Rückschläge blieben nicht aus. Aus dem Fourcraux-Gebölz, dem Walde Delville, dem Dorfe Longueval wurden sie wieder hinausgeworfen, und ihr Angriff auf das Dorf Guillemont (südöstlich Longueval) scheiterte. Wenn man von der offen eingestandenem Mangel des Gegners absieht, ist die deutsche Front zu durchbrechen, einen entscheidenden Sieg davonzutragen und die Deutschen aus Frankreich zu verjagen, dann stellen sich keine mehr als zweiwöchigen Anstrengungen schon jetzt als ein Mißerfolg heraus. Alle Angriffe sind schließlich am dem heldenmütigen Widerstand des preußischen Muskettiers gescheitert. Wie tapfer die Engländer auch angegriffen haben, ihre Ausbildung, ihre Kampfesfähigkeit, ihre Fähigkeit sind aber unseres unergleichlichen Fußvolkes selbst bei großer Zahlenüberlegenheit nicht gewachsen. Dabei aber waren ihre Verluste außerordentlich hoch. Bis 22. Juli (also ausschließlich des 23.) 8822 Offiziere als Verlust angemeldet, eine Zahl, die natürlich eher noch zu gering als zu hoch ist. Die gleichfalls genannte Zahl von 45 000 Unteroffizieren und Mannschaften hat keinen Wert; sie bleibt in wunderlicher Weise hinter der Wirklichkeit zurück. Im allgemeinen beträgt das Verhältnis der Offiziere zur Mannschaft 2,5 Proz. Nehmen wir für die Engländer 3 Proz. an und billigen wir ihnen eine ganz ungewöhnlich hohe Verlustziffer an Offizieren an, so werden wir mit 6 Proz. (also der doppelten Zahl) sicher nicht zu hoch greifen. Aber schon dann ergibt eine einfache Rechnung, daß auf einen Offizierverlust von 8822 Köpfen ein Mannschaftsverlust von  $\frac{8822 \cdot 100}{6} = 147 033$  Mann kommen muß. Mit den Offizieren erhalten wir also für die Tage von 1. bis 22. Juli einen Gesamtverlust von circa 165 000 Mann. Nehmen wir dazu den französischen Verlust nach dem Verhältnis der angegriffenen Frontlänge hinzu, so werden wir auf eine Zahl kommen, die sich um 250 000 Mann herum bewegt.

Sicherlich nicht die Franzosen, aber auch kaum die Engländer, werden denartige Verluste noch längere Zeit ertragen können. Soll doch General Haig auf seiner ganzen 140 Kilometer langen Front nur 1 200 000 Mann zu seiner Verfügung haben, von denen er sicher eine halbe Million für seine Angriffsfront von 25 Kilometern bereits jetzt verbraucht hat. Aber auch die in gegnerischen Zeitungen angegebene Geschossmenge von 10 Millionen schweren Granaten (12 Zentimeter bis 28 Zentimeter Kaliber) ist so ungeheuerlich, daß sie nicht dauernd wird hinausgeschleudert werden können. Und doch haben sie selbst so die Wirkung ihres Geschützfeuers als noch immer ungenügend erkannt. Das sind gute Vorbedeutungen für den weiteren Verlauf dieses Kampfes — aber zugunsten der deutschen Truppen.

Um Verdun, zu beiden Seiten der Maas, hat der Kampf in den vergangenen sieben Tagen wenig lebhafteste Formen angenommen. Einige abgewiesene Vorstöße der Franzosen, ein leichter Raumgewinn der Deutschen südlich Damouy gegen das Geschüt Dicourt hin, und Geschützkampf wechselseitiger Stärke: Das ist das Bild, das sich für dieses zweite Schlachtfeld des Westens gegenwärtig ergibt.

Sehr viel härmlicher ist es immer noch im Osten zugegangen. Ihre mit starken Kräften unternommenen Versuche, die deutschen Heeresteile im Norden der Brijuni-Kämpfe, von Riga bis Pinnik, festzuhalten, um ihrer großen Offensive im Süden nach Heranzuführung zahlreicher Ersatztruppen wieder freie Bahn zu verschaffen, haben die Russen fortgesetzt. Aber während sie früher gegen die Heeresgruppe des Prinzen Leopold nur Garoditschki und Baranowitschki angegangen waren, wandten sie sich nun von Riga aus gegen den linken Flügel Hindenburgs. Aber ihre Angriffe hier am 17., 18., 19. und dann wieder am 21. und 22. Juli erlitten das gleiche Schicksal wie früher dort: Keine Erfolge der biden Waffen, aber sehr große blutige Verluste! Wir dürfen im Gegensatz zu den Hoffnungen unserer Gegner, die auf ihre überlegene Mannschaftszahl rechnen, niemals vergessen, daß auch ihre Verluste unergleichlich viel höher sind als die unsrigen. Darin liegt eine unserer Siegesaussichten. Nach den bekanntgewordenen Zahlen berechne ich die Verluste der Russen vom 2. Juni an auf 900 000 Mann und vielleicht höher.

In Böhmen sind die feindlichen Heerführer in der Fortsetzung ihrer Offensive außer durch die Gegenhöhe der deutschen Truppen noch durch die Wetterverhältnisse, das Steigen aller Flüsse und die Versumpfung der Wege behindert worden. Südwestlich Ruz hat General Saharow noch einige Fortschritte gegen den oberen Styr und gegen Berescezo hin gemacht; in Ostgalizien hat geringe Tätigkeit geherrscht und südlich des Dniester haben sich die russischen Abteilungen näher an den Jablonka-Paß herangearbeitet und die ungarische Grenze gestreift. Zu größeren Schlägen ist es aber nirgends gekommen. Man darf erwarten, daß die verhältnismäßige Ruhe hier nicht dauernd erhalten wird. Verzeichnen wir inzwischen, daß der Deutsche Kaiser und der Chef des Großen Generalstabes nach dem östlichen Kriegsschauplatz übergeschickt sind. (2)

## Der Aufstand in Mekka.

Konstantinopel, 27. Juli. (W. Z. B.) Meldung der Agentur Milli. Ein Artikel des „Lanin“ beschäftigt sich mit dem Aufstand in Mekka und macht darin n. a. noch folgende Mitteilungen über die Lage in Arabien: Die besagte wertvolle Erhebung am Orte des heiligen Kaaba hat keine Beziehungen zum Hedschas und zu der arabischen oder muslimanischen Welt. Gewisse Vorfälle hatten schon vor geraumer Zeit die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Machenschaften des früheren Emirs Hussein gelenkt, der von den Engländern befohlen war und nach ihren Anweisungen handelte. Die Regierung wollte jedoch greifbare Tatsachen abwarten und vorsichtig vorgehen, um Blutvergießen nach Möglichkeit zu vermeiden. Jetzt läßt sich sagen, daß die Tragweite und Bedeutung der Erhebung Husseins gleich Null ist. In der Absicht, einen Aufstand in der Welt des Islam hervorzurufen, suchten die Engländer sich Husseins zu bedienen, unterstützten ihn im geheimen und befolgten mit Bezug auf das Hedschas eine ganz besondere Politik. Andererseits verbot England unter dem Vorwand der Unsicherheit im Hedschas die Pilgerfahrten, nahm die Küste unter seine Kontrolle und schuf so eine neue Lage, der der Emir, durch englische Freigebigkeit verführt, schließlich sich unterwarf. Die freiwillige Division, aus den Anhängern Husseins zusammengesetzt und unter dem Befehl seines Sohnes stehend, sollte angeblich an dem Zuge nach Ägypten teilnehmen. Durch dieses Anerbieten hoffte er zu erreichen, daß die Regierung die Ausrüstung dieses Heeres übernehme, um es dann doch gegen die Regierung zu benutzen. Die kaiserliche Regierung ging jedoch nicht in diese Falle, was den Verdacht Husseins erregte, der nun die Maske abwarf und plötzlich von der Forderung der Anerkennung seines Sohnes als Nachfolger verlangte. Er wartete jedoch die Antwort der Regierung, die, wie er wohl wußte, nur ablehnend sein konnte, nicht ab, sondern ließ einerseits durch die von seinem Sohne befehligten Streitkräfte Medina angreifen, andererseits durch die in seinem Solde stehenden Stämme die Eisenbahn zerstören. Es werden sodann die bereits bekannten Kämpfe geschildert und betont, daß insbesondere in Taif die Regierungstruppen vollständig Herren der Lage sind. Der Aufstand beschränkt sich auf die Gegend von Mekka und Dscheddah und wird dort erstickt werden; so bebaulich er sein mag, sind die von unseren Feinden auf ihn gesetzten Hoffnungen vergeblich. Der Einfluß Husseins im Hedschas und ganz Arabien geht über die nächsten Kreise seiner Anhänger nicht hinaus. Die hervorragendsten und einflussreichsten Männer Arabiens sind dem Kalifat treu ergeben.

## Englisches Dementi.

London, 26. Juli. (W. Z. B.) Amtlich. Eine Depesche, die aus Berlin in Amsterdam eingetroffen ist, behauptet, ein deutsches Unterseeboot habe am 20. Juli in der Höhe der Orinon-Inseln einen Torpedoangriff auf ein englisches Großkampfschiff gemacht und zwei Treffer erzielt. Die britische Admiralität erklärt demgegenüber, daß die wirklichen Tatsachen die folgenden waren: Ein kleiner Hilfskreuzer wurde am genannten Tage in der Höhe von Nord-Schottland von einem feindlichen Unterseeboot angegriffen, wurde aber nicht getroffen.

## Zur Ausreise des Handels-U-Bootes „Deutschland“.

New York, 25. Juli. (Frankfurt des Vertreters von W. Z. B.) Der Hearst'sche Internationale Nachrichtendienst meldet aus Washington: England hat wissen lassen, daß es die amerikanische Regierung für etwaige Verluste verantwortlich machen will, die seinem Handel durch das Unterseeboot „Deutschland“ verursacht werden sollten. An amtlichen Stellen wird bestätigt, daß die amerikanische Regierung die Verantwortung dafür übernimmt. Regierungskreise sehen in der Haltung Englands den Versuch, in der Frage der „Deutschland“ eine ernste Probe zu machen, und es wurde festgestellt, daß England weiterhin dabei beharrt, erstens daß die „Deutschland“ ihrem Wesen nach ein Kriegsschiff sei und Geschütze gegen den britischen Handel zu verwenden imstande sei; zweitens daß Amerika bestimmen solle, daß der „Deutschland“ nicht erlaubt werde, die Dreimeilenzone unter Wasser zu passieren. In diesen Hauptfragen ist bekanntlich die Ansicht der Vereinigten Staaten der der Alliierten entgegen gesetzt. Man nimmt an, daß vor der Ausfahrt der „Deutschland“ den Alliierten mitgeteilt werden wird, daß Amerika sich nicht für berechtigt hält, sich dazwischen einzumischen, wie die „Deutschland“ die Dreimeilenzone passiert. Das Staatsdepartement erwartet, daß sich die Frage erheben wird, ob es zulässig ist, daß Kriegsschiffe der Alliierten sich versammeln, um die „Deutschland“ abzufangen. Das Rarinedepartement hat die Neuherungen bestätigt, die Umstände könnten eine Vermehrung der Seestreitkräfte zur Bewachung der Dreimeilenzone verlangen, um der „Deutschland“ fair Play zu geben.

Washington, 27. Juli. (W. Z. B.) Neutermeldung: Wie aus Baltimore berichtet wird, begaben sich der Kreuzer „North Carolina“ und zwei Zerstörer außerhalb der Virginia-Berge, um dort dafür zu sorgen, daß bei der Ausfahrt des U-Bootes „Deutschland“ die amerikanische Neutralität nicht verletzt werde.

## Neue holländische Proteste.

Haag, 27. Juli. (W. Z. B.) Die Handelskammern und Fabriken von Vlaardingen, Haag, Katwijk und Amulden haben die niederländische Handelskammer in London dringend ersucht, bei der britischen Regierung Schritte zu tun, daß die niederländischen Fischereifahrzeuge freigelassen würden. Die von den Fischern gefangenen Fische würden auf offenem Markte verkauft, so daß von einer Bevorzugung der deutschen Interessen keine Rede sein könne. Wenn England sage, daß es die Schiffe angehalten habe, weil sie in „verdächtige Gewässer“ fischten, so müsse dagegen energisch protestiert werden, da man keinesfalls von verdächtigem Gewässer, sondern höchstens von durch Minen gefährlich gemachten Stellen der freien See sprechen könne.

Das Korrespondenzbureau erzählt, daß die Kommission von niederländischen Redern, die nach England geschickt wurde, um dort über die Fischereifrage zu verhandeln, ihre Rückreise angetreten hat und daß morgen im Haag eine Konferenz zwischen ihr und der Oberleitung des Vereins zur Förderung der niederländischen Fischerei abgehalten werden wird.

## Vorstellungen der nordischen Staaten in London.

Kopenhagen, 26. Juli. (W. Z. B.) Das Ministerium des Aeußern teilt mit: Im Hinblick auf die englische Order in council vom 7. Juli 1916, in der die Londoner Erklärung endgültig aufgehoben wird und gewisse Seerechtsregeln festgesetzt werden, haben die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung, welche diese Regeln in mehreren wesentlichen Beziehungen als mit den völkerrechtlichen Grundgesetzen nicht übereinstimmend betrachten, durch ihre Vertreter in London bei der englischen Regierung sich vorbehalten, die Vorstellungen und Vorbehalte geltend zu machen, zu welchen die Antwen-

dung der erwähnten Regeln Anlaß geben könnte. Ein entsprechender Schritt wurde bei der französischen Regierung wegen ihres Erlasses vom 7. Juli 1916 betreffend die Aufhebung der Londoner Erklärung getan.

## Eine englische parlamentarische Untersuchungskommission.

Rotterdam, 27. Juli. (W. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß Lord Cromer und Lord G. Hamilton den Vorsitz in den Kommissionen zur Untersuchung des Feldzuges an den Dardanellen und in Mesopotamien übernommen haben.

## Feiertagsarbeit in England.

Ein „Vorwärts“-Leser schreibt uns: In Ihrer Nr. 197 bringen Sie den Bericht des Englischen Gewerkschaftskongresses über die Abschaffung der „Feiertage“. Es muß zugegeben werden, daß bei uns, wenigstens in dem ersten Jahre, außer der Verlängerung der Arbeitsdiage auch Sonn- und Feiertags gearbeitet wurde, und daß auch bei uns die Vertreter der Arbeiter zum Teil vorher gefragt wurden und auch zugestimmt haben. Ich will nicht verschweigen, daß es auch unter uns einige gibt, die gerne die Gelegenheit benutzen würden, um hier bei uns die Sonntagsarbeit wieder einzuführen, obgleich bei der jetzigen Ernährung im Interesse des Volkswohls eher eine Schonung am Plage wäre. Der größere Teil der Kollegen ist in letzterer Zeit für den normalen Arbeitstag und Sonntagruhe eingetreten, und ist mit Recht über den Beschluß der englischen Kollegen erstaunt. Ich erlaube mir daher folgende Fragen zu stellen, und bitte, so weit möglich, um Antwort, vielleicht am besten im „Vorwärts“ selbst, denn diese Sache interessiert sehr viele Kollegen. 1. Ist unter Feiertag hier auch der Sonntag gemeint? 2. Arbeiten die englischen Kollegen im übrigen den Normalarbeitstag? 3. Steht ein erheblicher Teil der Arbeiter nicht hinter diesem Beschluß?

Genosse Eduard Bernstein, an den wir uns wandten, war so liebenswürdig, uns dazu folgendes mitzuteilen:

Der Sonntag im englischen Sprachgebrauch nicht unter den Begriff des Feiertags — holiday. Unter holidays werden besonders im Gewerbe außergewöhnliche Feiertage verstanden. Verzicht auf holidays schließlich heißt ganz bestimmt nicht Verzicht auf Sonntagruhe. Das müßte vielmehr jedenfalls noch ausdrücklich mit festgesetzt worden sein.

Soweit mir englische Zeitungen vorliegen — die letzte Nummer, die ich habe, ist vom 14. Juli — handelt es sich einfach um den Verzicht auf die sogenannten Bankfeiertage — „bank-holidays“. Das sind nach einem Gesetz, das der verstorbene liberale Abgeordnete John Lubbock (auch als Naturforscher bekannt) seinerzeit beantragt hatte, die zweiten Feiertage der drei großen kirchlichen Festtage Weihnachten, Ostern und Pfingsten und der erste August. Auf Vorkstellung der englischen Regierung, bezw. des Munitionministers, hatten die Arbeiter in den Munitionswerkstätten diesmal darauf verzichtet, den zweiten Pfingsttag zu feiern, und es war ihnen dafür versprochen worden, neben dem 1. August auch noch den 2. August zum gesetzlichen Feiertag zu erheben. Jetzt handelt es sich darum, diesen Beschluß umzusetzen und, weil das englische Heer angeblich noch immer nicht genug Munition hat und die neuen Einrichtungen erst zum dritten Teil ausgenutzt werden, diese beiden bankholidays nun in diesem Jahre auch ausfallen zu lassen, d. h. auch am 1. und 2. August zu arbeiten. Dem haben die Vertreter der Arbeiter zugestimmt. Welcher Ausgleich ihnen dafür zugesichert worden ist, bezw. ob ein solcher überhaupt zugesichert wurde, weiß ich nicht, halte es aber für wahrscheinlich.

Leider bekomme ich seit einiger Zeit die englischen sozialistischen Blätter nicht mehr, kann also nicht sagen, ob ein erheblicher Teil der Arbeiter dem Beschluß nicht zugestimmt hat. Es scheint das jedoch nicht der Fall zu sein.

Mit dem Normalarbeitstag hat diese Sache nichts zu tun. Natürlich besteht er als Norm für die Lohnsätze unverändert fort. In welchem Umfange eine Ueberzeitarbeit, die höher bezahlt wird, geleistet wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß nur, daß sie anfangs stark eingenissen war und eine lebhaftige Gegenbewegung gegen sie einsetzte.

Das ist alles, was ich im Augenblick antworten kann. Ich habe mir schon gedacht, daß die Sache hier falsch aufgefaßt werden würde. Weil aber die Telegramme des Wolff'schen Bureaus von „allen Feiertagen“ sprachen, wollte ich, um ganz sicher zu gehen, das Eintreffen der englischen Zeitungen über den Beschluß abwarten. Es ist jedoch im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß sie anderes besagen werden, als was ich Ihnen hier geschrieben habe.“

## Mißlungene Versuche.

Die französische Parteileitung hatte sich den belgischen Genossen De Wrouddre geholt, offenbar, damit er helfen sollte, die ins Wanken geratene Majorität zu befestigen. In einer ganzen Anzahl Versammlungen hat er gesprochen, aber er scheint nicht überall Glück gehabt zu haben. Die Section Limoges hat ihn auch zu einem Vortrag aufgefordert, der am 30. Juni stattfand. Aus dem Versammlungsbericht erfahren wir allerlei interessante Momente. De Wrouddre ist danach von der Commission administrative permanente (ständigen Verwaltungskommission) der Partei beauftragt worden, den Parteigenossen von einem wichtigen und geheimen Dokument betreffend die belgischen Genossen Kenntnis zu geben. De Wrouddre ist ein ausgezeichneter Redner und er wurde von den Limousiner Sozialisten warm begrüßt. Sie hörten auch seiner Rede aufmerksam zu, „aber“, so fährt der Bericht fort, „wir sind überzeugt, niemand von denen zu überraschen, die das in Frage stehende „wichtige und geheime“ Dokument kennen, wenn wir sagen, daß es nicht dazu beitrug, die Veranlassung von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Gesichtspunkt der Parteimehrheit anzunehmen. Alle sind überzeugt, daß dieses Dokument nichts ist als ein schlauer Vorwand, von gewissen unserer Führer gefunden, um eine Propagandareise zugunsten der „bis zum Ende-Lese“ in den verschiedenen Föderationen voranzutreiben zu können.“

Preffemane hat in der Versammlung De Wrouddre geantwortet. Es gelang ihm, die Argumente De Wrouddres zu widerlegen, indem er Tatsachen vorbrachte und er konnte beweisen, daß die sozialistische Wahrheit sich auf der Seite der Minderheit befindet. — Die Versammlung stellte sich auf die Seite Preffemanes. Die Genossen verstehen mehr als je, daß nicht nur das Interesse des Sozialismus, sondern auch das Interesse des Landes den Triumph der von Preffemane vertretenen Sache fordert.“

Es scheint also doch, als ob die französische Minderheit sich mehr und mehr festigt, und vielleicht darf man aus der Tatsache, daß im „Populaire“ die Resolutionen der Organisation von Daumier, die zu der Föderation Nordfrankreich gehört, und des Kongresses der Rhone-Föderation vollständig von der Zensur ge-

strichen sind, die Hoffnung schöpfen, daß die französische Parteigenossen der Minderheit sich immer entschlossener denen zugehören, die wie Blanc, Brizon und Ruffin-Tugend nicht mehr Kompromisse mit der Mehrheit schließen wollen, sondern konsequent ihrer Auffassung von den Aufgaben internationaler Sozialisten treu bleiben.

## Italienischer Ministerrat.

Rugano, 27. Juli. (Z. U.) Nach dem „Corriere della Sera“ wohnt dem jetzigen Ministerrat sämtliche Mitglieder des Kabinetts mit Ausnahme des Finanzministers bei. Vosselli erklärte, es sei daher unmöglich, endgültige Mitteilungen über die Londoner Finanzabmachungen zu geben. Sicher sei nur, daß England den Krieg finanziere und den Verbündeten, also auch Italien, die erforderlichen Kriegsgelder liefere. Ob aber die Verbündeten eine gemeinsame Anleihe von 20 Milliarden aufnehmen wollten, wie ein Bericht behauptet, wisse Vosselli nicht. Jedenfalls würde es nicht leicht sein, eine solche durchzuführen. Vosselli konnte auch nicht mitteilen, woviel auf Italien fallen würde.

Sonnino erklärte die Lage angesichts der neuesten Erfolge der Viererverbände für günstig und gab der Ansicht Ausdruck, daß Rumänien sich mehr und mehr in der Richtung des Viererverbands orientiere; eine endgültige Entscheidung habe Rumänien jedoch noch nicht getroffen. Seinen Ansätzen an die Entente mache es abhängig von positiven entscheidenden Erfolgen der englisch-französischen Offensive sowie ganz besonders von dem Eintritt russischer bestimmter Fortschritte an der österreichischen Grenze, an denen Rumänien ein besonderes Interesse hat.

Zu den italienischen Maßnahmen gegenüber Deutschland erklärte Sonnino, man müsse dem deutschen Volke die Illusion nehmen, daß ein Hinausziehen des Krieges die deutschen Finanzen nicht um ihrem Gleichgewicht zu bringen vermöge.

Vissolati berichtete anschließend über seinen Besuch bei Caborna. Aus den Erörterungen des „Corriere della Sera“ zu den Mitteilungen Vissolatis geht klar hervor, daß zwischen Caborna und der Regierung in Rom Unstimmigkeiten herrschen, die das Blatt dem in der Hauptstadt vorwiegenden Bürokratismus in die Schuhe schiebt. Die Heeresleitung sei meist genötigt, blühvoll Entschlüsse zu fassen und diese ebenso blühvoll auszuführen, die Bürokratie genüge jedoch nicht blühvoll den Ansprüchen der Heeresleitung. Hier einzuspringen und Wandel zu schaffen, müsse Vissolatis Aufgabe sein.

## Nationaldenkmal für Battisti.

Rom, 26. Juli. (W. Z. B.) Die die Agenzia Stefani mitteilt, hat der Ministerrat heute beschlossen, dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, nach welchem ein Nationaldenkmal zu Ehren Cesare Battistis in Trient errichtet werden soll. Der Ministerrat hat den Vorkauf eines vom Ministerpräsidenten vorgelegten Entwurfs genehmigt, nach welchem die Werke von Battisti auf Staatskosten herausgegeben werden sollen.

## Der Wahltermin in Griechenland.

Amsterdam, 27. Juli. (W. Z. B.) „Times“ erzählt aus Athen, daß die Regierung beschlossen hat, die Wahlen am letzten Sonntag im September abzuhalten. Das Parlament geht Ende August in die Ferien und wird für Mitte November wieder einberufen werden. Die Demobilisierung ist so gut wie beendet. Der Eisenbahnverkehr ist wieder normal.

## Erklärung des rumänischen Regierungsblattes.

Bukarest, 27. Juli. (W. Z. B.) „Independenta Roumaine“ schreibt: Trotz des umfassenden Dementis, das wir gestern gegen alle Erfindungen, betreffend gefasste Beschlüsse, Besprechungen und ausgetauschte Unterzeichnungen gegeben haben, wird das Gerücht fortgesetzt. Die angeführten angeblichen Ereignisse sind Phantasien einer Einbildungskraft, vor der wir gestern die Öffentlichkeit gewarnt haben. Es ist vorauszusetzen, daß nichts das Umlaufen solcher Gerüchte hindern wird. Wir können somit nichts anderes tun, als nochmals feststellen, daß die angeblichen Informationen jeder Grundlage entbehren. Das Regierungsblatt wendet sich mit dieser Richtigstellung gegen die in verbandsfreundlichen Blättern erschienenen Mitteilungen über einen baldigen Eintritt Rumäniens in den Krieg und über den unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines Abkommens Rumäniens mit den Verbandsmächten.

## Kriegsinvaliden in Dänemark.

Kopenhagen, 27. Juli. Nach einer Meldung von „Berlingske Tidende“ geht der früher erwähnte Plan der Unterbringung von kriegsuntauglichen Gefangenen in Dänemark nun seiner Verwirklichung entgegen. Die Angelegenheit, die jetzt in den Händen des dänischen Roten Kreuzes liegt, ist unter der Aufsicht der Regierung so weit vorbereitet worden, daß in nächster Zukunft entsprechende Anfragen an die Regierungen der kriegsführenden Länder gerichtet werden können. Es wird beabsichtigt, vorläufig insgesamt 2000 Kriegsgefangene und 400 Offiziere in Dänemark aufzunehmen, die gleichmäßig auf beide Mächtegruppen verteilt werden. Für die Soldaten werden zwei Barackenlager errichtet, eins auf Seeland, das andere auf Jütland. Die Offiziere erhalten gegen ihr Ehrenwort völlige Freiheit. Zur Ausbringung der erforderlichen Mittel soll das dänische Volk aufgerufen werden. Es wird jedoch auf eine Beihilfe der fremden Regierungen gerechnet.

## Unterbringung deutscher Zivilgefangener in Frankreich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt: Nach einer amtlichen Mitteilung der hiesigen Amerikanischen Botschaft vom 6. d. M. sind die aus Nordafrika nach Frankreich übergeführten deutschen Zivilgefangenen in den folgenden Lagern untergebracht worden: die aus Verronaghia in Garaison (Pyrenäen), die aus Lambese in Corbara (Korsika) und die aus Bedeau und Mascara in verschiedenen Lagern des Departements Aveyron.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Geldsendungen an Kriegsgefangene in Rußland.

Der bei der Umrechnung der Postanweisungen an deutsche Kriegsgefangene in Rußland zurzeit in Palma zugrunde gelegte Umrechnungskurs von 175 schwedischen Kronen = 100 Rubel ist bei der gegenwärtigen Bewertung des Rubels für die Gefangenen sehr unvorteilhaft. Am 1. August ab sind daher bis auf weiteres Postanweisungen an die Gefangenen in Rußland zur Umschreibung nicht mehr an das Postamt Palma 1. Upa. zu richten, sondern an die Oberpostkontrolle in Bern. Diese rechnet 172½ Schweizer Franken = 100 Rubel. Bei der Umschreibung von Postanweisungen an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich werden zurzeit 92 Schweizer Franken = 100 französische Franken gerechnet.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die Berliner Schuhmacher zum Verbandstag.

Die am Mittwoch abgehaltene Generalversammlung der Berliner Schuhmacher zum Verbandstag nahm den Geschäftsbericht für das 2. Quartal entgegen. Die Abrechnung der Lokalfälle ergibt einen Bestand von 25.000 M. Für Unterstützungszwecke wurden aus zentralen und lokalen Mitteln 1196 M. ausgegeben. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 1302. Ueber die gewerkschaftliche Tätigkeit wurde u. a. berichtet, daß nur eine Differenz in einer Fobrik vorgekommen ist. Es handelte sich um die allgemein durchgeführte Lohnzulage von 10 Proz., von der die betreffende Firma 6 Proz. vom 1. April ab zahlte und die weiteren 4 Proz. vom 1. Mai ab zu zahlen versprochen hatte. Der 1. Mai ging vorüber, aber die 4 Proz. wurden nicht gezahlt. Auf Vorstellung der Arbeiter meinte die Firma, wenn es verlangt werde, zahle sie, was sie versprochen habe; aber dann müsse sie den Betrieb schließen. Auf Verlangen der Arbeiter wurden dann die 4 Proz. gezahlt, und der Betrieb ist bis heute noch nicht geschlossen. — Weiter geht aus dem Tätigkeitsbericht hervor, daß sich die Organisation eingehend mit der die Lederverarbeitung betreffenden Bundesratsverordnung beschäftigt, auf die Regelung der verfallenen Arbeitszeit eingewirkt und bei den Behörden Anträge auf Unterstützung der durch die Verordnung arbeitslos werdenden oder in ihrem Einkommen beschränkten Arbeiter und Arbeiterinnen gestellt hat. — Ferner hatte man sich mit der immer noch nicht abgeschlossenen Frage des partiellen Arbeitnachweises zu beschäftigen.

Eine sehr ausgedehnte Debatte schloß sich an den Bericht der Delegierten vom Verbandstag. Die Erörterungen drehten sich fast ausschließlich darum, welche Haltung die Gewerkschaften zu den gegenwärtigen Differenzen in der Partei einzunehmen haben. Die Ansichten über diese Frage gingen weit auseinander. Einige Redner meinten, soweit diese die Neutralität der Gewerkschaften nicht gehen, daß sie sich um die Differenzen in der Partei, durch die ja auch die gewerkschaftlichen Interessen berührt würden, gar nicht kümmern. Andere Redner verlangten unbedingt Neutralität der Gewerkschaften in dem Sinne, daß die Parteifreistritigkeiten nur in den Organen der Partei, aber nicht in denen der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht werden. Hiergegen wurde wieder der Einwand erhoben: Durch den Beschluß des Mannheimer Parteitages, der ein Zusammengehen von Partei und Gewerkschaft bei wichtigen Aktionen festsetzt, sei die Neutralität der Gewerkschaften tatsächlich aufgehoben. Deshalb sei die Generalkommission berechtigt gewesen, im „Korrespondenzblatt“ zu dem Parteifreistrit Stellung zu nehmen und besonders die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft als Disziplinbruch zu verurteilen, umiomehr, als die Disziplinierung in der Partei die Aktionskraft der gesamten Arbeiterbewegung schwäche, also auch die Gewerkschaften schädige. — Von anderer Seite wurde hiergegen ausgeführt, die Generalkommission habe zu den Parteidifferenzen in einheitlicher und parteifreier Weise Stellung genommen und dadurch den Parteitritt in die Gewerkschaften getragen. Das Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft könne unter Verfassung aller Umstände nicht als Disziplinbruch bezeichnet werden, es könne auch nicht von einer Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen durch die Arbeitsgemeinschaft die Rede sein. Der Mannheimer Parteitagsbeschuß sei so gemeint, daß Partei und Gewerkschaften wichtige Aktionen gemeinsam veranstalten. Er gebe aber den Gewerkschaften nicht das Recht, als Gewerkschaften in Parteitagsangelegenheiten einzugreifen. Das dürfen die Gewerkschaften schon deshalb nicht tun, weil ein Teil ihrer Mitglieder der Partei gar nicht angehören. Nicht durch die Disziplinierung der Arbeitsgemeinschaft werde die Aktionskraft der Arbeiterbewegung geschwächt, sondern durch den Vurgrieden, der von den Arbeitern, aber nicht von ihren Gegnern beachtet werde. — Wieder andere Redner vertraten die Ansicht, daß Simon und Sod den Parteitritt in den Schuhmacherverband getragen hätten, namentlich Sod, der im Verbandsorgan einseitig den Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft vertritt. Daß Sod auf diesem Standpunkt stehe, solle ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, aber im Verbandsorgan solle er denselben nicht vertreten, denn die Gewerkschaft solle doch nicht in den Parteitritt eingreifen.

Ob die Abhaltung des Verbandstages notwendig war oder nicht, darüber waren die Meinungen ebenfalls geteilt. Von einer Seite wurde bemerkt, der Verbandstag sei augenscheinlich nur deshalb einberufen worden, damit er dem Vorsitzenden Simon ein Vertrauensvotum wegen seiner politischen Haltung erteile, was ja durch die Annahme der Resolution Simon auch geschehen sei. — Nachdem noch mehrere Redner sich an der Debatte beteiligt hatten, wurde ein Antrag, die Diskussion in einer nächsten Versammlung fortzusetzen, abgelehnt.

Die Kürschner beschäftigten sich mit der Schaffung eines Reichstaxi und stießen darum bereits seit einiger Zeit mit der Zentralkommission, die in Nürnberg ihren Sitz hat, in Verbindung zwecks gegenseitiger geeigneter Vorschläge. In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Berliner Kürschner wurde vorgeschlagen, alle Positionen des alten Tarifs um einen entsprechenden Prozentsatz zu erhöhen. Es sollen, wie im Kürschnerberuf, drei Städtelassen für den Tarif geschaffen werden. Gefordert wurde auch, daß die Tarifbewegung beschleunigt und die Schleudersfabrikation schärfstens bekämpft werde.

Die Kamm- und Haarschmuckarbeiter und Arbeiterinnen haben eine Reihe von Vertretungen abgehalten, die sich mit der Erlangung von Teuerungszulagen beschäftigten. Bei den Unternehmern ist man schriftlich und verschiedentlich auch mündlich nach dieser Richtung hin vorstellig geworden. In einer Anzahl von Betrieben wurden denn auch Teuerungszulagen erzielt. Ueberall gelang es jedoch nicht. Zu bemerken ist dabei, daß in verschiedenen Betrieben während des Krieges infolge guter Konjunktur eine Erhöhung der Löhne herbeigeführt wurde. — Auch an die Innung hat sich die Branchenleitung wegen einer Teuerungszulage gewandt. Eine Antwort von der Innung liegt noch nicht vor.

Wie notwendig der Zusammenhalt in der Organisation ist, wird durch die erreichten Vorteile dort, wo er bestand, bewiesen. Andererseits gibt es leider auch Werkstätten, wo noch sehr niedrige Arbeiterinnenlöhne vorkommen. Der Heimarbeit soll entgegengetreten werden.

## Ausland.

### Die Internationale der Buchdrucker.

Wie wir dem „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker entnehmen, brachte der „Gutenberg“, das Organ des Typographenbundes der romanischen Schweiz, in seiner Nummer vom 14. Juli einen Artikel, der sich mit dem letzten herausgegebenen Berichte der Internationalen Buchdruckersekretariats beschäftigt. Dieser sei, so heißt es, in und mit einem wahrhaft internationalistischen Geiste verfaßt. Mit Bezugnahme darauf, daß ein Beitrag für die Kosten der Verwaltung des Sekretariats im Jahre 1915 nicht erhoben worden ist, richtet der Verfasser des Artikels an die Zentralverbände der angeschlossenen neutralen Länder den Appell, daß der Bericht für 1916 ihre spontan entrichteten Beiträge registrieren möge, wenn möglich verstärkt durch einen freiwilligen Geldzuschuß, nach Maßgabe ihrer Mittel. Dann schließt der Artikel wie folgt ab:

„Buchdrucker der neutralen Länder, bedenket dies wohl: Wenn wir morgen vermöchten wollen zwischen unseren Kollegen, die der Kapitalismus sich jetzt gegenseitig abschlagen macht, so müssen wir unbedingt das Werk von gestern aufrechterhalten, das ja in der Folge reformiert werden kann. Wir müssen den engsten Kontakt mit dem Internationalen Sekretariat behalten. Die Geschichte lehrt uns, daß die Rachegedächte des Großen zwischen

den Völkern nur dann bestehen bleiben, wenn sie gesichert werden. Lassen wir uns angelegen sein, diese Rachempfindungen in unserm Kreis auszulöschen. Man spricht davon, auf die immer noch fortgeführte Schlächtereie der wirtschaftlichen Krieg zwischen den zwei großen feindlichen Gruppen folgen zu lassen. Wenn wir Arbeiter diesen abschaulichen Zustand annehmen, so wird darauf unvermeidlich eine noch blutigere Megelei als die gegenwärtige eintreten. Seien wir deswegen auf der Hut vor allen Versuchen, die Internationalisation unserer Kräfte zu beschränken, wonach irgendeine Fraktion der Arbeiter irgendwelchen Volkes auf die Seite geschoben würde. Bleiben wir mit Festigkeit haften an der Idee der Weltverbündung. Seien wir Europäer und nicht Germanen oder Romanen. Wir Buchdrucker, die man (allzu leicht) die Pioniere des organisierten Proletariats nennt, zeigen wir den Weg. Halten wir unsere Traditionen intakt aufrecht und erfüllen wir die Verpflichtungen, die wir uns gestern ungeschwungen und freudig auferlegt haben: In unserem Fall: Erhalten wir unser Internationales Sekretariat.“

Der „Korrespondent“ bemerkt dazu: „Bei den im Auslande vielfach zu verzeichnenden Bestrebungen auf Isolierung und Nationalisierung der deutschen Arbeiter in der Internationale verdienen diese vernünftigen Ansichten eines Kollegen in der romanischen Schweiz gewiß Beachtung.“

## Lohnkämpfe in der Schweiz.

In Luzern und Frauenseld stehen die Bauarbeiter in einer Lohnbewegung. In Brunntal streiken zirka 40 Uhrnarbeiter der Firma „Perlet“. Die zweite dortige Uhrenfabrik von Froidevaux u. Bloch hat der Arbeiterschaft die geforderte Lohnerhöhung bewilligt. In Kreuzlingen und Umgebung am Bodensee haben die Holzarbeiter Lohnerhöhungen bis zu 6 Gs. pro Stunde erreicht. Zahlreiche Städte, so Zürich, Winterthur, St. Gallen, Schaffhausen, Biel, Solothurn, Olten usw. haben ihren Arbeitern und unteren Angestellten in letzter Zeit Teuerungszulagen bewilligt, deren Gesamtsumme mehrere hunderttausende Frank ausmacht.

## Aus der Partei.

### Die Frankfurter Organisation zur Haltung der Fraktion.

Das Pressebureau berichtet: Der Sozialdemokratische Verein Frankfurt a. M. hielt am Dienstag, den 25. Juli, eine Mitgliederversammlung ab, die von ungefähr 600 Personen besucht war. Genosse Scheidemann sprach über „Reichstag und Krieg“. Vorher beantworteten Genossen der Minderheit, dem Genossen Bogherr-Sietlin nach Scheidemann das Wort zur unbeschränkten Rede zu gewähren. Dem wurde mit der Begründung widersprochen, daß Haase bereits in Frankfurt gesprochen habe, auch genügend Genossen in Frankfurt wären, die in der Lage seien, den Standpunkt der beiden Gruppen der Minderheit zu vertreten. Der Antrag wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Einige Genossen und Genossinnen verurteilten dann durch fortgesetztes Lärm-machen zu verhindern, daß Scheidemann sprechen konnte. Schließlich gelang es jedoch, die Ruhe wieder herzustellen (nachdem man die Opposition aus dem Saale entfernt hatte. D. Red.). Die Auffassung der Versammlung kommt in folgender Resolution zum Ausdruck, die gegen ein paar Stimmen angenommen wurde:

„Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. stimmt den Ausführungen des Referenten Scheidemann über die Haltung der Reichstagsfraktion zu. Sie stellt sich erneut auf den Boden der von der Reichstagsfraktion eingeschlagenen Politik.“

Die Versammlung begrüßt besonders alle Maßnahmen der Reichstagsfraktion zur Erreichung des Friedens. Sie hat das Vertrauen zu ihr, daß sie noch mehr auf eine weitere Klärung der deutschen Kriegsziele hindrängt und auch weiterhin leig Mittel unversucht läßt, um eine Aussprache mit den Bruderparteien des feindlichen Auslandes zu erreichen. Sie bedauert das Verhalten des Vorsitzenden des Internationalen Bureau, durch das eine solche Aussprache bisher verhindert wurde, und spricht mit allem Nachdruck aus, daß dieses Verhalten ein Haupthindernis für die Erreichung eines baldigen Friedens ist, den die Völker wünschen.

Die Versammlung ermahnt die Fraktion, gegenüber den immer mehr organisiert auftretenden Bestrebungen der Annapionspolitiker abermals den Friedenwillen des Volkes zum Ausdruck zu bringen und ihre ganze Kraft für die Erreichung eines europäischen Friedens einzusetzen, der kein Volk verweigert.“

Scheidemann zeigte, aus welchen Gründen die Reichstagsfraktion die gegebene Haltung zum Krieg einnahm und im Interesse des Proletariats einnehmen mußte. Er gab ein Bild der inneren Vorgänge in der Fraktion und befrucht entschied, daß die Fraktion Grundzüge der Partei verletzt habe. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion stimmten die Genossen Dr. Einzbeimer, Graf, Margraf und ein Genosse aus dem Felde den Ausführungen Scheidemanns grundsätzlich bei.

## Aus Industrie und Handel.

### Der künftige Weltverkehr.

Die „Wall Mail Gazette“ vom 12. Juli führt aus: Während Englands Anteil am Weltverkehr durch die Schiffeanforderungen der Regierung zurückgegangen ist, ist der Deutschlands vollkommen verschwinden, und ein bedeutender Teil davon wird ihm nicht wieder zufallen. Es ist z. B. so gut wie sicher, daß Deutschlands Schiffe nicht mehr zwischen England und Australien und Neuseeland laufen werden, und man kann sich schwer vorstellen, daß die Boermannlinie unsere afrikanischen Kolonien verbinden und die Dapagschiffe den Verkehr zwischen Marseille und Saigon vermitteln werden.

Schwierigkeiten drohen von den Neutralen, Schweden und Norwegen, und von Japan. Alle diese geben schon den Schritt an. Vor dem Kriege ließ Japan Linien nach Seattle, Vancouver, San Francisco, Valparaiso, nach Australien, der chinesischen Küste, nach Indien und Europa laufen. Heute beherrscht es den Verkehr im Stillen Ozean so gut wie ganz, ist liberal in China zu finden und läßt seine Schiffe über Indien nach Europa, Südamerika, der atlantischen Küste Amerikas und nach dem mexikanischen Golf laufen, und seine Schiffe werden in jedem Meere gechartert. Mit wenig Kosten hat es aus dem Kriege ungeheure Vorteile gezogen und in keiner Hinsicht mehr als auf dem ausgedehnten Gebiete, das sich seiner Handelsflotte erschlossen hat.

## Soziales.

### Wohnungsnot.

Nach dem Kriege 1870/71 entstand insbesondere in Berlin eine entsetzliche Wohnungsnot. Im Oktober 1871 schätzte man die Zahl der obdachlosen Familien auf Tausende. Wohnungsmangel, hohe Mieten und Not trieben in wachsendem Maße zu bitterster Empörung. Im Juli 1872 kam es aus Anlaß rücksichtsloser Exzessionen und des Wohnungsmangels zu Ausschreitungen, bei denen Polizei und Militär eingriff und bei denen mehr als hundert Personen — darunter Kriegsteilnehmer — verwundet wurden.

Droht eine ähnliche Wohnungsnot den Großstädten? Anzeichen sind dafür vorhanden, daß die Kalamität in den Großstädten, insbesondere in Berlin, die von 1871/72 noch bei weitem überbieten wird. Die Länge des Krieges und der Mangel voller Unterstützung hat zahllosen Arbeitern, Handwerkern und Geschäftleuten das bisherige Ersparnis, das sie hatten, genommen und ihnen eine

umgekehrte Schuldenlast insbesondere an Mietschuld aufgedrückt. Es mehren sich die Fälle, in denen vor den Amtsgerichten auf Zahlung der rückständigen Miete und gar auf Klammung auch gegen Kriegserfrauen und deren im Felde stehenden Ehemänner geklagt wird, schon jetzt. Die unglückliche Fassung der Bundesratsverordnung vom Januar 1915 ermöglicht trotz der gegenteiligen Versicherung des Staatssekretärs im Reichstage einigen Amtsgerichten, Klagen auf Klammung gegen im Felde stehende Kriegsteilnehmer und deren Frauen zuzulassen. Ebenso werden solche Klagen gegen im Kriege verwundete und als Kriegsteilnehmer Entlassene angestrengt. Auf der anderen Seite lehnen Hausbesitzer es ab, Kriegserfrauen als Mieter aufzunehmen. Wird auch durch eine Rechtsprechung bei den Landgerichten hoffentlich den meisten dieser Klagen der Erfolg verweigert, so verlagert die Ablehnung des Rechtsweges auf die Dauer Steuerung der unleugbaren Kalamität. Wann sollen die Mietschulden gezahlt werden? Hier ist dringend ein Eingriff der Gesetzgebung erforderlich, die die Rückstände auf die Schultern der Allgemeinheit legt oder mindestens das Retentionsrecht aufhebt und dem Kriegsteilnehmer Stundung verschafft.

Die Mietpreise für kleinere Wohnungen sind nicht gesunken, sondern streben nach oben, weil die Hypothekenzinsen nicht herabgesetzt sind und ein großer Teil der Bevölkerung in schlechtere Vermögensverhältnisse gelangt ist. Die Nachfrage nach kleineren Wohnungen ist gestiegen und wird infolge der wirtschaftlichen Kalamität des Mittelstandes und der Arbeiter weiter steigen. Damit hängt die Tendenz auf Erhöhung des Mietzins eng zusammen. Hinzu tritt, daß der Bau von Kleinwohnungen in Großstädten im Durchschnitt wohl auf weniger als 1/3 vor dem Kriege besteht. Hier ist dringend Abhilfe vorzuziehen.

Wird die Reichsgesetzgebung Rotgesetze zur Minderung und Verringerung der Mietschulden und zur Herstellung billiger Kleinwohnungen in die Hand nehmen? Es ist höchste Zeit.

### Das freitige Arbeitsquantum.

Eine Steinträgerkolonne, die bei der Baufirma Wittling beschäftigt war, erhielt ihren Flordienst regelmäßig ausgezahlt, nachdem der den Bau leitende Polier in jedem einzelnen Falle festgestellt hatte, wie viel Steine die Kolonne getragen hatte. Nach Fertigstellung der Arbeit behauptete die Firma, den Steinträgern seien erheblich mehr Steine bezahlt worden, als sie getragen hätten. Die Firma wollte sich an der vom Kolonnenführer gestellten Kautions von 75 M. für die angebliche Mehrzahlung, die etwa 80 M. betragen soll, schadlos halten. Der Kolonnenführer klagte beim Gewerbegericht auf Rückzahlung seiner Kautions. Er berief sich darauf, daß ja der Polier der Firma täglich festgestellt habe, wie viel Steine getragen worden seien, so daß also nicht mehr als das tatsächlich geleistete Arbeitsquantum bezahlt worden sei. Diesen Beweis wollte die Firma nicht gelten lassen. Ihr Vertreter sagte, aus ihren Geschäftspapieren ergebe sich die Zahl der Steine, die überhaupt nach dem Bau geliefert wurden. Der nach Vollendung der Arbeit auf dem Bau verbliebene Rest der Steine sei gezahlt worden. Auf diese Weise habe die Firma festgestellt, daß so und so viel tausend Steine weniger getragen sein müßten, als der Polier den Steinträgern bescheinigt habe.

Nach längerer Verhandlung verurteilte das Gericht die Firma, dem Kläger 75 Mark zu zahlen, da durch die wöchentliche Abrechnung der Steinträger mit dem Polier die Zahl der von ihnen als getragen in Rechnung gestellten Steine anerkannt sei. Die Firma habe keinen Grund, diese Abrechnung nachträglich anzuzweifeln. Es sei sehr schwer nachzuweisen, wie die Differenz zwischen den Feststellungen des Poliers und den späteren Feststellungen der Firma entstanden sei.

## Gerichtszeitung.

### Gegen Ueberspannung des Schuldbegriffs.

Kürzlich hat, wie unsere Leser sich entsinnen, das Potsdamer Landgericht eine Lehrerin wegen Höchstpreisüberschreitung verurteilt. Die Frau hatte über den Preis bezahlt, ohne ihn zu kennen. Ihr Mann hatte dann den Verkäufer angezogen. Es wurde aber auch die Lehrerin angeklagt und zu 6 Mark verurteilt, weil das Landgericht annahm, sie habe fahrlässig gehandelt, weil sie sich keine Kenntnis der Preise verschafft habe. Diese Entscheidung wird wohl als sehr scham vom Kammergericht aufgehoben. Denn strafbar kann nur sein, wer das Verbot bewußt übertritt oder durch sein Verschulden in Unkenntnis über das Verbot geblieben ist. Daß man dies Verschulden nicht überspannen darf, hat jetzt das sächsische Oberlandesgericht gegenüber einem Chemnitzer Urteil mit Recht ausgesprochen.

Am 20. Januar abends war im sächsischen „Staatsanzeiger“, am 21. Januar morgens im „Chemnitzer Amtsblatt“ und am 21. Januar abends in der weiteren Presse eine Verordnung veröffentlicht, die für Harzer Käse 80 Pf. Höchstpreis festsetzte. Ein Kaufmann Schmaltz hatte am Nachmittag des 21. Januar Käse um 90 Pf. teurer verkauft. Er hatte dargelegt, daß er erst am Abend Kenntnis von dem Höchstpreisverbot genommen habe, das „Amtsblatt“ und den „Staatsanzeiger“ halte er nicht. Das Landgericht hatte aber angenommen, er sei als Gewerbetreibender verpflichtet, das Amtsblatt nicht nur zu lesen, sondern auch zu halten. Er habe also keine Unkenntnis fahrlässig verschuldet. Das sächsische Oberlandesgericht nahm mit der Oberstaatsanwaltschaft an, daß die Annahme, der Gewerbetreibende müsse das Amtsblatt halten oder wenigstens lesen, unberechtigt sei. Es genüge, wenn er durch Zeitungselektüre und Nachfrage sich auf dem Laufenden halte. Es hob die Verurteilung auf und wies die Sache an die Vorinstanz zur Feststellung zurück, wann und auf welche Weise der Angeklagte von der Höchstpreisfestsetzung Kenntnis erhielt.

### Vergrößerung von Photographien.

Der alte Bilderschwindel, auf den schon so viele Bewohner der Hinterhäuser, insbesondere die Dienstmädchen, hineingefallen sind, blüht noch immer und ist eine Spezialität des „Kaufmanns“ Paul Giesen.

Die Ferienstrafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern wieder einmal mit diesem Angeklagten zu beschäftigen, gegen den zahlreiche Dienstmädchen als Belastungszugungen aufrufen. Der Angeklagte hat, nachdem er aus dem Juchthaus entlassen war, in welchem er längere Zeit wegen Schwindelacten auf demselben Gebiete zu verweilen hatte, sofort wieder sein altes betrügerisches Gewerbe aufgenommen. Er zog in den Däufers umher und warb für ein Geschäft, für das er als Agent sich hatte anstellen lassen. Aufträge zur Vergrößerung von Photographien. Er hat die Aufträge nie ausgeführt, sondern sich darauf beschränkt, sich von den Dienstmädchen Angaben geben zu lassen und damit zu verschwinden. Der Gerichtshof verurteilte den unverbesserlichen Schwindler zu drei Jahren Juchthaus und 600 M. Geldstrafe eventl. noch entsprechendes Juchthaus.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzarbeiter zu Hamburg (B. a. G.). Filiale Baumshulenberg. Mitgliederversammlung: Sonnabend, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Bohe, Baumshulenbergstr. 67.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer. Neu fällig: Morgen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Oriege, Lellingstr. 9: Versammlung. Restnach der Ortsverwaltung. Bericht von der Generalversammlung.

# Amerikanischer Imperialismus.

Von Heinrich Cunow.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben, wie gemeldet wird, den westindischen Inselbesitz Dänemarks für die beträchtliche Summe von 5 Millionen Pfund Sterling angekauft. Wirtschaftlich haben die westlich von Vortoriko gelegenen Inseln der Jungferngruppe, die ungefähr 642 Quadratmeilen mit 20 000 Einwohnern (davon nur etwa 3500 Europäer, der Rest meist Neger und Mulatten) umfassen, nur geringen Wert, denn der Anbau von Zuckerrohr und Baumwolle ist im letzten Jahrzehnt noch weiter zurückgegangen, nur die Kummernzeugung der Insel Sankt Thomas hat noch immer eine gewisse Bedeutung.

Wenn demnach die amerikanische Regierung so erpicht auf die dänischen Inseln ist, daß sie ihre Versuche, die 642 Quadratmeilen in ihren Besitz zu bringen, immer wieder erneuert und, nachdem ihr Kaufgebot vom Jahre 1900 von dem dänischen Parlament ziemlich schroff zurückgewiesen worden ist, jetzt durch Angebot eines im Verhältnis zum Wertobjekt geradezu ungeheuren Preises ihren Zweck zu erreichen sucht, so müssen sie andere Gründe bewegen, als nur der Wunsch, dem Besitz von Vortoriko noch einige kleine Nachbarinseln hinzuzufügen. Und tatsächlich hat der Ankauf, zu dem übrigens die Volksvertretung Dänemarks noch ihre Zustimmung geben muß, eine ganz besondere Bedeutung. Er bedeutet einen weiteren Schritt der nordamerikanischen Union zur Sicherung ihrer Herrschaft über das Karibische Meer und die kleinen mittelamerikanischen Republiken, vornehmlich aber über das Zugangsgebiet zum Panamakanal und damit im weiteren zugleich eine Verbesserung der Machtstellung der Vereinigten Staaten im nördlichen Teil des Stillen Ozeans, dem großen Mittelmeer der Zukunft.

Nachdem die Vereinigten Staaten durch den Krieg mit Spanien (1898) die Herrschaft über Kuba (die Selbständigkeit Kubas ist nur Schein) und Vortoriko erlangt und somit ihre Position im Atlantikmeer wesentlich verstärkt hatten, stellten sie sofort bei ihnen auch das Begehren nach dem dänisch-westindischen Kolonialbesitz ein; denn Sankt Thomas besitzt einen großen geschützten Hafen, dessen von den Dänen angelegte Befestigungen sich mit dem nötigen Kapitalaufwand weiter ausbauen lassen, so daß hier eine große amerikanische Kriegsflotte einen sicheren Stütz- und Zufluchtsort zu finden vermag. Sofort nach der Besetzung Vortorikos wandte sich daher die amerikanische an die dänische Regierung mit einem Kaufgebot; aber der Widerstand des dänischen Parlaments verhinderte das Zustandekommen des Handels. Jetzt hält man allem Anschein nach in Washington die Stimmung Dänemarks nicht nur dem Verkauf für geeigneter, sondern es hat sich auch, da inzwischen der Panamakanal gebaut worden ist, das Verlangen der amerikanischen Imperialisten, neue sichere Stützpunkte für eine zukünftige amerikanische Flottenaktion zu schaffen, wesentlich erhöht — daher bietet man dem kleinen Dänemark einen Preis, der alle Bedenken niederzuschlagen soll. Auf Geld kommt es ja zurzeit drüben im Dollarlande kaum an.

In erster Linie richtet sich die Erwerbung natürlich gegen England, das durch seinen Besitz der Bahama-Inseln und Jamaikas sowie der nordwestlich gelegenen, militärisch besetzten Bermuda-Inseln eine starke Flottenbasis im Atlantikgebiet zur Verfügung hat.

Der Ankauf des dänisch-westindischen Inselbesitzes ist demnach nur ein neuer Schachzug der Vereinigten Staaten in ihrer mit Konsequenz und Geschick durchgeführten imperialistischen Politik, wie sie drüben nicht erst seit den letzten Jahrzehnten, sondern schon seit fast einem Jahrhundert folgerichtig durchgeführt wird, wenn auch zeitweilig durch innere Kämpfe unterbrochen. — Nichts ist geschichtlich unrichtiger, als die oft verkündete Weisheit, erst unter der Präsidentschaft Mac Kinleys oder Roosevelts sei in den Vereinigten Staaten der Imperialismus aufgeschossen. Er steckt schon seit seinen Jugendtagen dem kapitalistischen Yankeestaat in allen Gliedern. Sobald nach ihrer sogenannten Befreiung die Union ihre kapitalistischen Kräfte erwachen fühlte, begannen auch schon die Versuche, durch alle Mittel, Krieg, Kauf, diplomatische Künste, das Bundesgebiet auszudehnen. Nachdem das die Stromgebiete des Mississippi und Missouri umfassende damalige Louisiana für 15 Millionen Dollar eingekauft war, folgte 1819 unter geschickter Ausnutzung der Verlegenheiten Spaniens der Ankauf Floridas für 5 Millionen Dollar. Aber nicht nur Florida, auch das südlich gelegene Kuba hätte die Unionsregierung der jungen Republik gar zu gerne angegliedert. Immer wieder wurde in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts innerhalb der leitenden Kreise der Union die Annexion Kubas gefordert. Bereits 1823 heißt es in einer Instruktion John Quincy Adams, der damals noch als Staatssekretär des Auswärtigen fungierte, an den amerikanischen Bundesgesandten in Madrid: „Es ist kaum möglich, sich der Ueberzeugung zu verschließen, daß die Annexion Kubas durch unseren Bundesstaat für den Fortbestand und die Erhaltung der Union notwendig sein wird!“

Doch zunächst blieb Kubas Annexion ein schöner Traum. So begann man denn mit der Ausdehnung nach der Pazifikküste: dem Feilschen mit England um das Oregongebiet und dem Schüren der Loslösungsbestrebungen der texanischen Landbesitzer von Mexiko. Auf Betreiben der Union erklärte sich Texas für eine von Mexiko unabhängige, selbständige Republik und wurde darauf einfach von den Vereinigten Staaten annektiert. Die Folge war ein Krieg mit Mexiko, das, durch innere Unruhen in seiner Verteidigung gehemmt, im Frieden von Guadalupe-Hidalgo (1848) nicht nur Texas, sondern auch Neumexiko und Neukalifornien sowie die nördlich des Rio Grande del Norte gelegenen Teile der Staaten Coahuila, Chihuahua und Tamaulipas an die Vereinigten Staaten abtreten mußte — im ganzen ein Gebiet von ungefähr der dreifachen Ausdehnung Deutschlands. Dem Krieg folgte 1853 der verunglückte Ueberfall William Walkers auf die mexikanische Provinz Sonora und zwei Jahre später der Konquistadorenzug nach Nicaragua.

Zugleich wurden nun, nachdem man an die Westküste Amerikas gelangt war, die Umtriebe zur Annexion Kubas wieder aufgenommen und nebenher versucht, im Stillen Ozean festen Fuß zu fassen. Noch 1852 ging der Kommodore

Berry mit einer Expedition nach Japan, durch die dieses Land dem amerikanischen Handel erschlossen wurde. Ferner setzten sich die Amerikaner auf den Sandwichinseln fest.

Die Zuspitzung des Gegensatzes zwischen den Nord- und Südstaaten der Union und der darauf folgende Bürgerkrieg unterbrachen diese Bestrebungen; doch schon 1867 wurde Rußland das Bezugsland Alaska für 7 Millionen Dollar abgekauft und die Agitation für die Annexion der Antillen wieder begonnen. Auch nach Sankt Thomas stand schon damals den Yankee-Kapitalisten der Sinn; 1867 wurde dem Kongress sogar der Antrag unterbreitet, sich kurzweg dieser Insel zu bemächtigen, doch scheiterte der schöne Plan an dem Widerstande des Senats. Darauf folgten verschiedene Unternehmungen im Stillen Ozean. 1893 wurde unter dem Schutze amerikanischer Kriegsschiffe die einheimische Dynastie auf den Sandwich-Inseln entthront und 1898 diese Gruppe formell annektiert. Das Jahr darauf teilte sich die Union mit Deutschland in die Samoa-Inselgruppe.

Doch der Appetit kommt mit dem Essen. Alle diese Ausdehnungserfolge vermochten das Trachten nach dem Besitz Kubas nicht zu dämpfen. Ein mit amerikanischem Geld geschürter kubanischer Aufstand bot im Jahre 1897 den plausiblen Anlaß zum Eingreifen. Amerika verlangte die Abberufung des spanischen Generalgouverneurs Weyler, dann die Autonomie der Insel und entlandte das Kriegsschiff „Maine“ nach Havana, das dort am 15. Februar 1898 in die Luft flog, nach spanischer Behauptung — weil es die Amerikaner selbst gesprengt hätten. Der sich daraus ergebende Krieg brachte der Union bekanntlich die Lostrennung der Insel Kuba von Spanien und ihre Stellung unter amerikanisches Protektorat, sowie den Besitz Porto Ricos, der Philippinen und Guams (Hauptinsel der Marianengruppe im Stillen Ozean) ein, wogegen sie an Spanien eine Abfindungssumme von 20 Millionen Dollar zahlte.

Nun, nachdem man sich im Golf von Mexiko, dem Karibischen Meer und dem Stillen Ozean die nötigen Stützpunkte geschaffen hatte, galt es, sich der Landenge von Panama zu bemächtigen und zur Verbindung des Atlantischen mit dem Stillen Ozean den Isthmischen Kanalbau fortzusetzen. Da Kolumbien, dem dieses Gebiet gehörte, für die Ueberlassung zu hohe Ansprüche stellte, riß sich die Provinz Panama auf Betreiben der Vereinigten Staaten von Kolumbien los, konstituierte sich als unabhängige Republik und übertrug dann gegen eine Entschädigung von 10 Millionen Dollar der Union alle Hoheitsrechte über das Kanalgebiet.

Das ist in knappen Worten die Geschichte der amerikanischen Expansionspolitik und ihrer Erfolge. Man sieht, wie berechtigt es ist, wenn amerikanische Sozialisten über den deutschen Imperialismus setzen, von einem amerikanischen aber nichts zu entdecken vermögen. Eine eigenartige politische Farbenblindheit. Jetzt ist der Panamakanal, wenn auch noch immer nicht ohne Gefahr benutzbar, so ziemlich fertig — und nun muß die Herrschaft der Vereinigten Staaten über ihn besser gesichert werden. Als eines der Mittel dazu hat man in Washington den Erwerb und die Befestigung des dänischen Besitzes im Karibischen Meer erkannt. Aber bald wird man finden, daß diese Sicherung lange nicht genügt und durchaus weitere Erwerbungen durch Geld oder Gewalt nötig sind.

Wie wenig der Vorwurf des Genossen Cunow gegen die amerikanischen Sozialisten — sie seien blind gegen die Ausschreitungen des amerikanischen Imperialismus — in seiner Allgemeinheit zutrifft, geht aus Nachstehendem hervor:

## Die amerikanischen Sozialisten zum mexikanischen Konflikt.

Das Exekutivkomitee der amerikanischen sozialistischen Partei hat anlässlich des Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko folgenden Appell an Wilson veröffentlicht:

„Mexikos Nationalbesitz wird auf 7 Milliarden Dollar geschätzt. Mehr als die Hälfte davon befindet sich in den Händen von Amerikanern. Die sozialistische Partei sieht einen direkten Zusammenhang zwischen dieser Tatsache und dem systematischen Druck, den amerikanische Kapitalisten in den letzten Jahren auf die Regierung der Vereinigten Staaten ausübten, um beide Länder in einen Krieg zu führen. Die sozialistische Partei hat gewisse Gründe für die Annahme, daß das Ergebnis dieses Krieges die gewaltsame Okkupation eines Teiles der mexikanischen Besitzungen sein würde.“

Wir erheben Protest gegen das Vergleichen amerikanischen Blutes im Interesse des amerikanischen Goldes. Wir verfügen über ausreichendes Material für den Nachweis, daß die mexikanischen Ueberfälle auf das amerikanische Territorium vorbereitet und bezahlt werden von amerikanischen Kapitalisten. Wir erachten es als statthaft und notwendig, daß Maßnahmen zum Schutze der amerikanischen Grenze ergriffen werden, glauben aber, daß die die Grenze schützenden Truppen diesseits des Flusses Rio Grande sich befinden müssen.

Im mexikanischen Volke ist das Gefühl der nationalen Würde lebendig. Es braucht nur die Erinnerungen General Grants nachzulesen, um sich zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten, selbst nach Ansicht eines amerikanischen Generals, schon einmal einen ungerechten Krieg gegen Mexiko geführt und von der Hälfte seines Territoriums Besitz ergriffen haben. Naturgemäß ist beim mexikanischen Volke nun der Verdacht rege geworden, und wir finden, daß es hierzu allen Grund hat.

Wir fordern einen Schutze unserer Grenze, bei dem unsere Soldaten den Rio Grande nicht überschreiten sollen; zugleich fordern wir aber auch die exemplarische Bestrafung aller Amerikaner, die als Inspiratoren und Organisatoren der Ueberfälle auf unser Territorium anzusehen sind.“

## Zur Vorgeschichte des russischen Ministerwechsels.

Die allmählich durchdringenden Nachrichten aus Rußland bestärken unsere Annahme, daß die Gründe des russischen Ministerwechsels in hervorragendem Maße auf dem Gebiete der inneren Politik zu suchen sind. Das schließt freilich nicht aus, daß hierbei gleichzeitig auch Gründe der äußeren Politik mitbestimmend waren, und noch weniger, daß die innerpolitischen Faktoren auch in Rußland ihre Rückwirkung auf dem Gebiete der äußeren Politik

finden. Tritt doch in der ganzen Tätigkeit der russischen Reaktionsparteien schon seit einiger Zeit das deutliche Bestreben hervor, für die Zeit der „Liquidation“ des Krieges Vorkehrungen zu treffen, um nicht von der Welle der Volksbewegung fortgeschwemmt zu werden. Die Furcht vor den kommenden Ereignissen ist bei den russischen Konservativen so stark, daß ihre Vertreter öffentlich, mehr aber noch in Denkschriften, die in einflussreichen Konventikeln zirkulieren, für eine „Ausrüstung“ gegen die „innere Gefahr“ und für entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete der äußeren Politik eintreten. Ueber eine dieser konservativen Denkschriften wurde bereits vor etwa zwei Wochen in der deutschen Presse berichtet. Ein W.-A.-Telegramm aus Kopenhagen kommt nun auf diese Angelegenheit zurück und ergänzt sie durch Angaben, die die Einreichung dieser Denkschrift beim Zaren mit dem Ministerwechsel in Verbindung bringen. In der genannten Denkschrift wird, nach dieser Meldung, ausgeführt:

„Danke der erreichten Einheitsfront in den Handlungen der Alliierten hat der Krieg eine für Rußland günstige Wendung genommen und wird wohl bald beendet werden. Daher muß die Regierung sich schon jetzt auf die Zeit nach dem nahe bevorstehenden Abschluß des Krieges vorbereiten. Die Regierung widmete ihre ganze Aufmerksamkeit den Bedürfnissen der Kriegszeit und schenkte dem innerpolitischen Leben in Rußland wenig Beachtung. Dagegen lassen die revolutionären Organisationen die Zeit nicht ungenutzt verstreichen und arbeiten an der Vorbereitung einer nach dem Kriege zu beginnenden Revolution. Die Denkschrift bezeichnet als revolutionäre Organisationen (!) die allrussischen Städte- und Semioverbände, die Kriegsindustriellen-Ausschüsse, die periodischen Kongresse der liberalen Organisationen, und behauptet, alle diese Organisationen handeln nach den Anweisungen von revolutionären Ausschüssen im Auslande (!). Die Tätigkeit dieser revolutionären Organisationen, heißt es in der Denkschrift weiter, stieß bisher auf keinen entsprechenden Widerstand der Regierung und schlug daher tief Wurzel. Was aber unternimmt die Regierung, um die drohende Revolution schon jetzt im Keime zu ersticken? Die Antwort darauf ist, daß die Regierung eine unzureichliche Schwäche zeigt. Nachdem im Frühjahr und im Sommer 1915 unter dem Druck der revolutionären (!) Reichsduma die festesten Träger des Konservativen und monarchistischen Gedankens, Maklakov, Schischeglowitsch, Sabler und Ruchlow, zurücktreten mußten, wurde die Regierungsgewalt Stürmer übertragen. Die auf Stürmer gesetzten großen Hoffnungen wurden jedoch getäuscht. Stürmer verließ der Innenpolitik eine selbige Schutzhülle. Zwar ließ er Stürmer nicht mit den linksstehenden Parteien, unternahm aber auch nichts, um mit der revolutionären Tätigkeit dieser Schichten rasch aufzuräumen. Das ganze Bestreben Stürmers war darauf gerichtet, sich in Geheimnis und Stille einzuhüllen. Die Denkschrift zählt die von Stürmer begangenen Sünden auf, so zu Anfang seiner Tätigkeit die Erlaubnis zur Abhaltung der liberalen Kongresse, seine ausweichende, allzu milde Haltung der Reichsduma gegenüber, seine ausgleichende Taktik gegenüber den liberalen Gesellschaftsorganisationen, die Nichtbeachtung des Kampfes der Presse der Rechten gegen die liberalen Aufführungsminister, endlich die milde Behandlung der Juden und das Bestreben, die Judenfrage nicht in den Vordergrund treten zu lassen. Dies alles geschah zu einer Zeit, wo eine starke Regierungsgewalt ohne Ausflüchte und Ausweichungen nötig war. Stürmer ist dieser Rolle nicht gewachsen. Seine Kabinettskollegen sind ebenfalls unbedeutende Personen ohne ausgeprägte Ansichten und ohne Energie.“

Die Denkschrift schließt: „Die Regierung darf ihre Aufmerksamkeit nicht nur den Kriegsbedürfnissen widmen und die Fragen der Innenpolitik vernachlässigen. Die linksstehenden Parteien haben das Bestreben, den Krieg zu verlängern, um sich inzwischen zu organisieren und die künftige Revolution vorzubereiten. Man soll zwar bis zum endgültigen Siege kämpfen, muß aber verstehen, rechtzeitig den Krieg zu beenden, sonst würden alle Früchte des Sieges durch die Revolution zu nichte gemacht. Die Regierung muß aber schon jetzt die Revolution ersticken.“

Im großen und ganzen entspricht diese Wiedergabe der konservativen Denkschrift sowohl den Bedankengängen der führenden „christlichen“ Eliten, wie den Nachrichten, die über diese Kundgebung in die russische Presse gedrungen sind. Ihr Inhalt entspricht durchaus der üblichen „christlichen“ Demagogie, die bestrebt ist, die nicht weniger als „umstürzlerischen“ gesellschaftlichen Verbände als „revolutionäre Organisationen“ darzustellen, die ihre Weisungen vom „Auslande“ erhalten, und die nicht weniger als „schwächliche“ und „nachgiebige“ Regierung der Kapitulation vor den Liberalen und Revolutionären zu beschuldigen. Der Zweck dieser Demagogie ist sonnenklar: einerseits sollen die großen gesellschaftlichen Verbände, die bei aller ihrer burgfriedlichen Loyalität und patriotischen Kriegsbefähigkeit den Schtruppen als gefährliche Kristallisationspunkte der oppositionellen Bewegung erscheinen, in die Luft gesprengt werden, andererseits sollen die im Vorjahre abgetragenen reaktionären Minister, die Vertrauensmänner der Hofpartei und des Hochadels, wieder zur Macht gelangen. Wie nun berichtet wird, soll die oben erwähnte Denkschrift dem Zaren in den Tagen zwischen dem letzten Kronrat und der zweiten Reise Stürmers nach dem Hauptquartier von einflussreichen Personen überreicht worden sein. Stürmer erhielt anscheinend Kenntnis von den in der Schrift gegen ihn erhobenen Vorwürfen, denn bald darauf lud er einen Mitarbeiter der „Birschewija Wjedomosti“ ein, dem gegenüber er den festen Entschluß der Regierung darlegte, gegen die revolutionäre Tätigkeit der allrussischen Städte- und Semioverbände einzuschreiten. Auch scheint die Denkschrift Stürmer dahin beeinflusst zu haben, bei der Neubesehung von Ministerposten seine Gegner auf der äußersten Rechten durch Berufung Makarows, der 1912 nach dem Massenblutbad in den Lena-Goldbergwerken verabschiedet werden mußte, zu verschonen. Da Makarow, zusammen mit den früheren Ministern Maklakov und Schischeglowitsch an der Spitze der konservativen Nebenregierung steht, bedeutet sein Eintritt in die Regierung im Verein mit den anderen Verschiebungen im Kabinett, die übrigens noch nicht ihren Abschluß gefunden haben, und mit der offen betonten reaktionären Haltung Stürmers einen glatten Sieg des Schtruppenstums, das für die kommenden „inneren Komplikationen“ schon jetzt seine Vorbereitungen trifft.

## Bericht über die Sitzung des russischen Ministerrates im Hauptquartier.

„Rusloje Slowo“ vom 15. Juli erhält über die letzte Ministeratsitzung im Hauptquartier folgende detaillierten Mitteilungen: Die Sitzung begann 6 Uhr abends und dauerte anderthalb Stunden. Auf der amtlichen, vom Ministerpräsidenten aufgestellten Tagesordnung standen nur zwei Fragen: die Versorgung der Armee und die Regelung der Transporte. Zur ersten Frage gaben die Beamten des Stabes des Höchstkommandierenden Erläuterungen ab. Daraus ging hervor, daß die Armee vollkommen genügend mit allem Notwendigen versehen ist.

Hierauf erstattete Verkehrsminister A. F. Trepow eingehenden Bericht über die Lage der Eisenbahnen. Jagernmeister Trepow meldete, daß die Ueberlastung der Eisenbahnen bedeutend nachgelassen habe, und daß man jetzt schon nicht mehr von einer Desorganisation des Transportwesens sprechen könne. Wenigstens nicht so ernsthaft wie in den vorangehenden Monaten. Weiter teilte Trepow den Plan mit, welcher von seiner Behörde zur intensiveren Steigerung der Transporte ausgearbeitet ist und über die Pläne des Ministeriums bezüglich der staatlichen Eisenbahnbauten. Der Minister beabsichtigt, in nächster Zeit den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem grundsätzlich als wünschenswert die Verstaatlichung der privaten Eisenbahnbautätigkeit bezeichnet wird.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurden noch zwei Themen berührt: die polnische und die Judenfrage. Die polnische Frage rief sehr heftige Auseinandersetzungen hervor. Dem Ministerrat wurden drei Projekte vorgelegt. Eines — das sogenannte Moskauer — führt die polnische Autonomie bis zu den äußersten Grenzen durch und will eine scharfe Grenze zwischen Rußland und einer polnischen Provinz ziehen. Dieses Projekt fand keine Sympathie.

Das zweite Projekt wurde vom Vorsitzenden des Ministerrats, W. A. Stürmer, vorgelegt. Dieses Projekt ist auf folgenden Grundlagen aufgebaut. Die Autonomie Polens wird durch den Terminus „provinzielle Autonomie“ gekennzeichnet. Gesetzgebende Körperschaften sollen nach diesem Projekt im Jarum Polen nicht eingeführt werden. Die allgemeinen Normen des rechtlichen und staatlichen Lebens Polens werden durch die kaiserlichen gesetzgebenden Institutionen ausgearbeitet. An Stelle der staatlichen Autonomie in Polen wird die Einführung der weitesten lokalen Selbstverwaltung vorgezogen. Das Projekt Stürmers sieht für Polen nicht die Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien vor, welche ihm vom Kaiser Alexander I. verliehen waren. Das dritte Projekt wurde vom Minister Sazonow vorgelegt. Dieses Projekt sieht die Autonomie Polens im weitesten Sinne dieses Wortes vor und plant deren Verwirklichung sofort nach der Befreiung der polnischen Gouvernements vom Gegner. Nach dem Projekt bildet Polen einen unteilbaren Bestandteil der russischen Macht und befindet sich unter dem einseitigen Zepher des russischen Joches. In seiner äußeren Politik hat Polen daher keinerlei Selbständigkeit. Die innere Selbstverwaltung wird in der Form der weitesten Autonomie im Geiste des Auftrags des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch geplant.

Wie wir hören, wurde das Projekt Sazonows, das einige Widersprüche einzelner Kabinettsmitglieder hervorrief, von der Majorität der Mitglieder des Ministerrats gebilligt. Eine endgültige Entscheidung wird in einigen Wochen, wenn eine zweite Sitzung des Ministerrats im Hauptquartier, wie geplant, stattgefunden hat, erfolgen. — Unterrichtete Personen, welche das Ergebnis der Ministerratssitzung bezüglich der polnischen Frage formulieren, weisen darauf hin, daß alle vorbereitenden Arbeiten schon erledigt sind, und daß die polnische Frage sich im Stadium der Entscheidung befindet. Aus denselben Kreisen haben wir gehört, daß nach der endgültigen Annahme des Projekts der polnischen Autonomie ein Aufruf an das polnische Volk veröffentlicht werden wird, welcher als Ausdruck des Regierungspunktes zur aufrichtigen Konstruktion Polens erscheinen wird. In diesem Aufrufe werden die Erklärungen des Aufrufs 1914 und die Deklaration Gorenzins bestätigt, außerdem werden in allgemeinen Zügen die wichtigsten Prinzipien für die Einrichtung der polnischen Gebiete aufgezählt werden.

Zuletzt wurde noch die Judenfrage erörtert. Bestimmte Entscheidungen wurden vom Ministerrat nicht getroffen, trotzdem wurde als wünschenswert bezeichnet, daß das Zirkular des ehemaligen Ministers des Innern, Fürsten Schtscherbatow (das den jüdischen Flüchtlingen im Inneren Rußlands vorläufiges Wohnrecht verlieh) bestätigt und im Wege der Gesetzgebung durchgeföhrt würde. Die Erörterung der Judenfrage wird als nicht beendet betrachtet und nach der Rückkehr des Finanzministers Warz und des Reichsfinanzministers Polkowski aus dem Auslande wieder aufgenommen werden.

Das Reichsratsmitglied Graf S. J. Weljepolski legte als Vertreter des polnischen Kolos im Hauptquartier den Standpunkt der polnischen Gesellschaft zu der Frage der Autonomie der Reichsgouvernements dar. Graf Weljepolski wies darauf hin, daß die Arbeit der russisch-polnischen Konferenz unter Vorsitz des Staatssekretärs Krjshanowski die Polen absolut nicht befriedigt. Die Abgeordneten beider Häuser der polnischen Gouvernements nahmen entsprechend dem kaiserlichen Willen an dieser Konferenz teil und erklärten von Anfang an, daß bei der Verapredung der polnischen Frage von der Konferenz eine bestimmte Richtung eingeschlagen sei. Jetzt besteht die polnische Gesellschaft auf dem Aufrufe des Großfürsten, welchen sie als die Verleihung der weitesten staatlichen Autonomie an Polen auslegt.

## Politische Uebersicht.

### Sozialdemokratische Annexionspolitik.

Der Parteiauschuß hat sich zwar erst kürzlich wieder gegen Annexionen ausgesprochen. Trotzdem ist es bekannt, daß sowohl mehrere Mitglieder der alten Fraktion als auch verschiedene sozialdemokratische Schriftsteller der Verwirklichung von Annexionsforderungen keineswegs abgeneigt sind. Ihnen schließt sich die Chemnitzer „Volksstimme“ an, die in ihrem Leitartikel „Wauheldenium“ folgendes schreibt:

„Was das deutsche Volk braucht, das ist die Sicherung seines Landes und die Garantie vollster wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit. Es ist aber, im Augenblick darüber zu freieren, wie das in allen Einzelheiten erreicht werden kann. Das es für sich wäre, anzunehmen, dieser Krieg müsse unter allen Umständen zu Ende gehen, ohne daß ein Grenzstein verrückt werde, hat als beauftragter Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage Philipp Scheidemann ausgesprochen. Man soll die Sozialdemokratie mit den Vorwürfen in Ruhe lassen, daß unsere Stellungnahme zu den Kriegszielen eine ungünstige Wirkung im Auslande haben könnte. Was die einzelnen Völker leisten können, darüber ist man sich in keinem kriegsführenden Lande mehr im Zweifel. Großmächtigkeit imponiert nicht mehr. Was dem Auslande imponiert, ist der feste Wille, für Deutschlands Zukunft herzugehen, was erforderlich ist, an Geld und Blut. Daran hat und wird es die deutsche Sozialdemokratie nicht fehlen lassen.“

Das gleiche Blatt erklärt zwar an anderer Stelle, daß die sozialdemokratische Partei Gegnerin von Annexionen sei. Aber diese Gegnerschaft wird und kann, wie die Äußerungen verschiedener bürgerlicher Blätter zeigen, nicht ernst genommen werden, wenn einzelne Parteigenossen und Parteiblätter immer wieder erklären, daß auch sie mit Grenzverrückungen rechnen. Haben doch einzelne Blätter sogar erklärt, der Kanzler dürfe aus „staatsmännischen“ Gründen gar nicht den Verzicht auf Annexionen aussprechen, um beim Friedensschluß den Gegnern mehr an sonstigen Vorteilen abhandeln zu können! Eine Gegnerschaft gegen Annexionen hat nur dann einen politischen Sinn, wenn sie auch praktisch betätigt und nicht nur als Prinzip, auf dessen Verwirklichung man seinen Wert legt, zur Schau gestellt wird.

### Was will der Nationalauschuß?

Die „Augsburger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen einen Bericht über die Unterredung eines ihrer Berichterstatter mit einem hervorragenden Mitglied des Deutschen Nationalauschusses. Danach erklärte genannte Persönlichkeit u. a. folgendes:

„Wie schon aus dem vorzeitig veröffentlichten Aufruf hervorging, will der deutsche Nationalauschuß in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichskanzler und im Vertrauen zu dessen staatsmännischem Wissen und Können weder den Kultus eines larvanten Pazifismus als Friedensziel, noch die Erfüllung extrem radikaler Forderungen auf territorialem Gebiete, weil weder bei dem einen noch anderen Verlangen die nationalen Interessen gewahrt würden. Die Herren nehmen den Standpunkt einer mittleren Linie an, ohne sich jedoch nach einer bestimmten Richtung zu verpflichten. Sie erachten nur von vornherein die beiden extremen Forderungen für verkehrt und nicht der Weltlage entsprechend und erstreben eine Verständigung in der Mitte, die im einzelnen von der Kriegslage abhängig gemacht werden soll. Da die Kriegslage heute noch nicht absolut zu übersehen ist, kann natürlich heute auch noch nicht ein Sonderprogramm aufgestellt werden, sondern man will zunächst, da die charakterisierten extremen Forderungen von vornherein ausschließen, durch eine auflärende Propaganda in Wort und Schrift alle Teile des Volkes auf einer Linie einigen, die man im Hinblick auf die ausgesprochenen extremen Wünsche als eine mittlere bezeichnen darf. Man hofft, durch allmähliche Aufklärung die heute noch extremen Elemente auf die Seite des deutschen Nationalauschusses zu bringen und so die wünschenswerten geschlossenen Einigkeit zu erzielen, zeigt aber, entsprechend der Rührertheit der Tatsachen, keine Neigung, vor der einen oder anderen Gruppe zu kapitulieren, die beide ohne genaue Kenntnis der dabei in Betracht kommenden wichtigen Dinge bereits heute die Nation festlegen wollen und mit ihr auch die Reichsregierung. . . . Nur jeder extreme Radikalismus soll bekämpft werden.“

In Berlin wird der angekündigte Vortrag des Deutschen Nationalauschusses am 1. August in der „Philharmonie“ stattfinden. Professor Adolf v. Garnat spricht über das Thema: „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres“. Da diese Versammlung von den in Frage kommenden Behörden erfreulicherweise genehmigt worden ist, halten wir es für ganz selbstverständlich, daß auch den Vertretern anderer Richtungen ähnliche Veranstaltungen gestattet werden.

### „Reine Privatarbeit.“

Von der Geschäftsführung des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ geht den „Berliner Politischen Nachrichten“ die folgende Erklärung zu:

„Gegen die kürzlich in einem süddeutschen Verlage erschienene Schrift von Steinmann-Bucher „Deutschlands Volkvermögen im Kriege“, sind in einer Reihe von Tageszeitungen scharfe Einsprüche und Angriffe gerichtet worden. Hierbei ist gleichzeitig der Versuch gemacht worden, auch den Zentralverband deutscher Industrieller, als dessen „nationalökonomischer Schriftsteller“ Herr Steinmann-Bucher bezeichnet wurde, in die Auseinandersetzung über gewisse, von dem Verfasser vertretene Anschauungen hineinzuziehen. . . . Die vorerwähnte Schrift des Herrn Steinmann-Bucher ist eine reine Privatarbeit, die den Mitgliedern und der Geschäftsführung des Zentralverbandes deutscher Industrieller erst nach ihrer Veröffentlichung bekannt geworden ist.“

Es erübrigt sich, nach diesen Feststellungen noch besonders zu betonen, daß die von Herrn Steinmann-Bucher vertretenen Anschauungen, die gegenwärtig Gegenstand der Kritik geworden sind, insbesondere seine Auffassung von der privat- und volkswirtschaftlichen Wirkung des Krieges, vom Zentralverband deutscher Industrieller nicht geteilt werden. Die Bemerkungen, die gedachten Auslassungen des Herrn Steinmann-Bucher zu politischen Zwecken mit der Spitze gegen die deutsche Industrie, im besonderen gegen den Zentralverband deutscher Industrieller auszuheben, dürften hiernach gegenstandslos sein.“

### Kriegskritik.

Das „Militärwochenblatt“, das sich im allgemeinen von rein politischen Betrachtungen fernhält, bringt in seiner Dienstnummer unter obenstehender Ueberschrift einen Artikel, der sich von „besonderer Seite“ zuzug. In diesem Artikel, der vor allem beachtenswert ist wegen des Blattes, in dem er steht, und um des Leserkreises willen, an den er gerichtet ist, heißt es unter anderem:

„Jetzt, nach fast zweijähriger Kriegsdauer, will es gelegentlich scheinen, als hätten weite und gerade die am meisten in die Öffentlichkeit tretenden Kreise das Augenmaß dafür eingebüßt, was der Krieg von uns erfordert nicht an Opfern und Leistungen, sondern in der bewußten Selbstbeschränkung des Urteils, im Zurückstellen der eigenen, stets auf unsicherer Tatsachengrundlage stehenden Uebersetzung zugunsten einer einseitigen, straffen Leitung des Gesamtstaates, lediglich nach den militärischen Geboten der Stunde. Denn darüber kann doch wohl nicht der leiseste Zweifel bestehen, daß angesichts des uns untödbaren, auf Vernichtung des Gesamtstaates abzielenden Weltkrieges das ganze Reich in seinen gesamten Lebensäußerungen nur eine geschlossene Lebenseinheit bilden darf, von der die bewaffnete Macht nur einen Teil, allerdings den zurzeit wichtigsten darstellt. Für ein siegreiches Bestehen des uns ausgezwungenen Kampfes ist es unbedingt erforderlich, daß nur ein einziger, kraftbewusster und zielstrebiger Wille in die Entscheidung tritt, nach innen sowohl wie nach außen. Dieser wird bei uns verpörrert durch die oberste Staats- und Heeresleitung, deren Fäden verfassungsgemäß in den Händen des obersten Kriegsherrn zusammenlaufen. Es scheint mitunter, als wenn man sich im deutschen Volke dieses einfachen Sachverhaltes nicht genügend bewußt wäre.“

Aber auch eine weitere Tatsache gerät ab und zu in Vergessenheit, wird wenigstens nicht überall so in den Vordergrund gerückt, wie es notwendig ist: Die Tatsache, daß wir uns im Kriege befinden und unter den Ausnahmegerichten des Krieges stehen. Jedem erscheint es selbstverständlich, daß auf einem Schiffe auf hoher See niemand zu befinden hat außer dem Kapitän, daß in einer vom Feinde bedrohten Festung der Kommandant mit den denkbar weitesten Vollmachten, unter Umständen mit dem Rechte über Leben und Tod, ausgestattet sein muß. . . .

Ist man sich in Deutschland überall dessen bewußt, daß wir uns zurzeit in der Lage einer riesigen, vom Feinde besagerten und mit der Auszehrung bedrohten Festung befinden? Daß alle Kräfte angepannt werden müssen, um diesen Plan der Feinde auszuhanden zu machen? Daß jede Schwächung unser für die Verteidigung des Vaterlandes verfassungsgemäß zuständigen Persönlichkeiten eine Schwächung unserer Gesamtenergie bedeutet?

Diese Frage muß schweren Herzens jeder verneinen, der vorurteillos die Vorgänge der letzten Zeit beobachtet hat. Vaterlandsliebende Männer nicht nur, sondern ganze Kreise und ganze politische Parteien haben sich gedrungen geföhlt, ihrer Kritik die Zügel schießen zu lassen. Einzelne Gebiete unserer Kriegsbetätigung herausgreifend, für die sie selbstständig zu sein dachten, haben sie Verbesserungs-vorschläge machen zu sollen geglaubt, sind gelegentlich sogar so weit gegangen, die zur Leitung Deutschlands berufenen Männer in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Hiergegen muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, was der junge Bonaparte in hellem Innuit dem Großen Berker 1794 schrieb: „Es gehört sich nicht, daß diejenigen über die Wichtigkeit der Operationen aburteilen, die nicht im Mittelpunkt der Maschine stehen“. Nur wer die Gesamtsäden der Politik in der Hand hat, nur wem zugleich die

strategische Gesamtbewegung der tausendfach verästelten, unendlich schwer zu überlebenden, stündlich wechselnden Kriegshandlung jederzeit uneingeschränkt zu Gebote steht, kann zu verlässig beurteilen, was not tut. Es ist eine Gefahr sondergleichen, wenn immer und immer wieder Schlagworte in die Massen geworfen werden, die sich in das öffentliche Bewußtsein einnagen und schließlich geglaubt werden, da man von oberster Stelle aus nichts Rechtes dagegen tun kann.

Deutschland hat einen überreichen Vorrat an Intelligenzen, die während der Kriegsdauer mehr oder weniger ausgeschaltet sind und bleiben müssen. Freiwilliger Verzicht auf Kritik liegt nicht gerade in deutscher Lebensart. Jeder möchte mitregieren, mithelfen, sein eigenes besseres Urteil zur Geltung bringen. Tausendfach wird täglich in Deutschland die strategische und politische Lage erörtert, und aus scheinbar sachverständigem Munde die beste, mitunter sogar die einzig mögliche Lösung gegeben. Gehen die weltgeschichtlichen Vorgegebenheiten einen anderen Gang, so können sich die Unberufenen nur schwer damit abfinden. Ihre Kritik aber wirkt weiter und stiftet unberechenbaren Schaden.

Wir sind in Deutschland auf diesem Wege schon zu weit gegangen. Umkehr und Selbstbesinnung tut not, damit die berufenen Führer des deutschen Volkes auf seiner schwersten Sturmfahrt in die Lage gesetzt werden, getragen von der Unterstützung und dem Vertrauen eines ganzen Volkes, ihren Weg zu vollenden und das Ziel zu erreichen, das schon Friedrich der Große als das einzige eines jeden Krieges ansah: So schnell wie möglich zu einem möglichst vorteilhaften Frieden zu gelangen.“

Daß die Redaktion eines militärischen Fachblattes, das fast ausschließlich in Offizierskreisen verbreitet wird, es für nötig hält, seinen Lesern solche eindringlichen Mahnungen zu unterbreiten, gibt immerhin zu denken. (z)

### Aufkündigung des Burgfriedens.

Im württembergischen Landtagswahlkreis Heidenheim ist durch den Tod des Genossen Dietrich ein Ersatzwahl zum Landtage vorzunehmen. Der Kreis war bis zum Jahre 1912 im Besitze der Volkspartei. In diesem Jahre wurde er von der Sozialdemokratie erobert, weil sich im zweiten Wahlgange Konservative und Volksparteiler nicht einigen konnten. Nach den Grundzügen des Burgfriedens müßte der Kreis im Besitze der Sozialdemokratie belassen werden. Der „Germania“ wird nun aber aus Stuttgart geschrieben:

„Wenn nun, wie jetzt bereits gemeldet wird, die radikalen Sozialdemokraten mit einem eigenen Kandidaten gegen die revisionistischen Parteigänger auftreten werden, so würden sich wohl auch die bürgerlichen Wähler dazu entschließen müssen, dieses Mal von der Einhaltung des Burgfriedens abzusehen.“

### Weitere Verschärfung der Passvorschriften.

Das „Reichsgeheißblatt“ bringt eine Veröffentlichung, wonach am 1. August verschärfte Passvorschriften in Kraft treten. In den neuen Vorschriften wird bestimmt, daß derjenige, der das Reichsgebiet verläßt oder in das Reichsgebiet eintritt, sich durch einen Paß ausweisen muß. Der Paß bedarf vor jedesmaligen Grenzübertritt des Sichtvermerks der deutschen Behörde. Die Ausstellung des Sichtvermerks erfolgt nur, wenn die dringende Notwendigkeit zur Auslandsreise vorliegt. In besonderen Fällen kann auch für den Aufenthalt in Deutschland ein Paßersatz ausgestellt werden. Er enthält den Familiennamen, die Staatsangehörigkeit, den Beruf, die Angabe des ständigen Wohnsitzes, eine Beschreibung des Inhabers und eine Photographie neuen Datums. Auf dem Paßformular ist ferner Raum gelassen für einen etwaigen Abdruck des linken Daumens des Paßinhabers. Für jeden Grenzübertritt ist ein Sichtvermerk der deutschen Behörde notwendig.

### Bundesratsbeschlüsse.

In der gestrigen Bundesratsitzung gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Bekanntmachung über den Abjag von Brennstoffen, der Entwurf einer Bekanntmachung wegen Aenderung der Bekanntmachung über die Sicherung der Aderbestellung vom 31. März 1915, eine Aenderung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1915 über Zulassung von Motorbooten zum Verkehr, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Säcken und eine Aenderung des Militärtarifs für Eisenbahnen.

### Der neue Wirtschaftskommissar.

Wie der „Hamburg. Korrespondent“ aus guter Quelle erfährt, ist zum Kommissar für die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand der Hamburg Senator Dr. Stahmer, derzeit Zivilgouverneur von Antwerpen, bereits ernannt. Der neue Kommissar wird sein Amt bereits im Laufe des Monats August antreten.

### Verwendung von Restfasern.

Amlich, Berlin, 27. Juli. (B. Z. B.) Nach einer Bekanntmachung des Bundesrats vom 27. Juli 1916 dürfen die im Inlande gewonnenen und aus dem Auslande einschließend der besetzten Gebiete eingeführten Stengel der brennenden langstieligen Brennessel nur an die Restfaser-Verwertungsgesellschaft m. b. H., Berlin W. 66, Wilhelmstr. 91, oder an die von ihr ermächtigten Stellen oder an von Behörden errichtete Sammelstellen abgesetzt werden. Die Eigentümer oder Besitzer der Restfasern können der Verwertungsgesellschaft eine Abnahmefrist von mindestens vier Wochen setzen, nach deren Ablauf die Abgabebeschränkung erlischt. Der Höchstpreis ist zunächst auf 14 M. für den Doppelzentner festgesetzt, er kann vom Reichskanzler geändert werden.

## Das tägliche Brot.

### Reichs-Hülsenfruchtstelle.

Die Neuordnung, die der Verkehr in Hülsenfrüchten durch die Verordnung vom 29. Juni d. J. gefunden hat, umschließt neben umfangreichen anderen Veränderungen Änderungen organisatorischer Natur. Dem Reichskanzler blieb die Bestimmung einer neuen Stelle vorbehalten, bei der der Verkehr in Hülsenfrüchten zentralisiert und an die die Lieferungsverpflichtungen anzuweisen seien. In einer neuerlichen Entscheidung hat der Präsident des Kriegsernährungsamts in Wahrnehmung der ihm übertragenen Befugnisse bestimmt, daß die Verwaltung der Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse einer Reichshülsenfruchtstelle übertragen wird, die als selbständige Abteilung der R. E. S. eingerichtet ist. Mit dieser Entscheidung ist der Wirtschaftsplan für Hülsenfrüchte organisatorisch abgeschlossen.

Ueber die Bedeutung der Hülsenfrüchte im Rahmen unserer Kriegsernährungswirtschaft seien einige Anhaltspunkte gegeben. Der Friedensbedarf von 300—350 000 Tonnen setzte sich durchschnittlich zusammen aus rund 200 000 Tonnen deutscher Erzeugung und einer gleich großen Menge von Einfuhr, abzüglich einer Ausfuhrmenge. Sind schon diese Zahlen am Verbrauch anderer Erzeugnisse gemessen gering, so sind die jetzt im Kriege verfügbaren Bestände am Bedarf gemessen noch wesentlich geringer. Im vorigen Jahre, unter der Wirkung der Einfuhrsperre und einer schlechten Inlandserte, genügten die vorhandenen Mengen nicht den Anforderungen, zumal das Heer reichlich versorgt werden mußte. Gewisse Mengen konnten eingeföhrt werden, aber immerhin war nur ein Bruchteil für die Ernährung der Bevölkerung vorhanden.

Im laufenden Jahr hat sich die Anbaufläche der Hülsenfrüchte gegen das Vorjahr gehoben; auch verpörrt der neue Ernteertrag eine nicht unerhebliche Besserung. Das ist um so mehr zu be-

grühen, als der Mangel an Fett und die Notwendigkeit, den Fleischverbrauch stark einzuschränken, die großstädtische und insbesondere arbeitende Bevölkerung auf den Verbrauch der sehr nährwertreichen einweihaltigen Hülsenfrüchte hinweist. Darum ist es wünschenswert, daß aus unserer eigenen Ernte recht umfangreiche Mengen dem allgemeinen Verbrauch zur Verfügung gestellt werden. Dem trägt ja schon die Verordnung vom 20. Juni weitgehend Rechnung: Die Verfütterung von Hülsenfrüchten (vorbehaltlich besonderer Regelung der für Futtermittel angekauften Ernte) ist verboten; von der Anzeigepflicht sind nur Mengen unter 25 Hilo (nach der früheren Regelung bis zu einem Doppelzentner) ausgeschlossen, die Vorschriften über Saatgutverkehr und Verarbeitung sind verschärft worden, es wurde die Bestimmung getroffen, daß die Mengen zum Selbstverbrauch und für die Abgabe an Naturalberechtigten vom Reichsfiskus beschränkt werden können, und aller Vorworts nach auch beschränkt werden; für den Erzeuger besteht bezüglich der abgabepflichtigen Mengen Lieferzwang an die Reichshilfskommission. Mit diesen Bestimmungen ist die möglichst reiblose Erfassung und weitgehende Bewirtschaftung von einer zentralen Stelle her gewährleistet.

Es steht zu hoffen, daß jeder Erzeuger von Hülsenfrüchten, was irgend entbehrlich ist, der Reichshilfskommission überweist; das ist vaterländische Pflicht im Hinblick auf die Versorgung unserer gesamten Bevölkerung, vor allem der arbeitenden Schichten. (W.T.B.)

**Volksernährung nach dem Einkommen.**

Den Versuch, die Preise der Konsumgüter der einzelnen Bevölkerungsschichten anzupassen, hat die Stadt Straßburg i. E. bei der Versorgung mit Frühkartoffeln gemacht. Sie hat durch besondere Erhebung festgestellt, mit welchem Einkommen derzeit jeder Bürger lebt und aus welchen Posten sich dieses Einkommen zusammensetzt. Dies war nötig, da dort keine allgemeine Einkommensteuer besteht. Daraufhin wurden die Kartoffelempfänger in drei große Einkommensklassen eingeteilt, denen Kartoffelkarten von unterschiedlicher Farbe ausgehändigt wurden. Mit der grünen Karte versehen, erhält man den Zentner Frühkartoffeln zu 6 M., mit der gelben zu 8 M. und mit der roten nur den Zentner zu 12 M. bezahlen. Auch die Stadt Köln hat bei ihrem neuen Kartensystem eine unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Einkommensklassen vorgesehen und hat zu diesem Zweck die Markenbücher mit entsprechenden Abzeichen kennzeichnen lassen.

**Warum das Obst so teuer ist.**

Die Preise für Äpfel haben eine Höhe erreicht, die den Anmut der Verbraucher ans höchste gesteigert hat. Wenn das Pfund Äpfel mit 40, 50 Pf. und mehr bezahlt werden muß, ist das ein durchaus ungerechtfertigter Preis. Im vergangenen Jahre kosteten die Äpfel um diese Zeit 25 Pf., und die Jahre vorher 15 Pf. Immer ist darauf hingewiesen worden, daß die Behörden diesem Treiben nicht tatenlos zusehen dürfen, daß sie die Konsumenten vor der Uebersteuerung des Obstes durch geeignete Maßnahmen schützen müssen. Aber nichts ist geschehen. Der freie Handel treibt auch hierbei sein Handwerk in unbegrenzter, verteuender Weise. Wir haben in diesem Jahre, abgesehen von einzelnen Gegenden, eine recht ertragreiche Ernte an Äpfeln zu verzeichnen. Und trotzdem diese für die ärmere Bevölkerung unerwünschten Preise, die in keiner Weise durch die Verhältnisse begründet sind.

Die Preistreiber nahmen ihren Anfang mit der Verpachtung der Äpfelplantagen und des Baumbestandes an den Chaussees und Wegen. Die Pächter haben sich zum Teil überboten und die Pachtpreise in die Höhe getrieben. Manche Gemeinden haben dadurch das Doppelte und Dreifache der früheren Pachtpreise erzielt. Sie haben diese Mehreinnahmen eingestekt, ohne danach zu fragen, daß sie dadurch die Verteuerung der Äpfel begünstigt haben. Schon damals haben wir wiederholt gefordert, daß gegen die Preistreiber eingeschritten wird. Aber umsonst haben wir auf die entsprechenden Maßnahmen gewartet.

Jetzt hat die Verpachtung der Kefel-, Birn- und Pfäulenaubäume begonnen. Und da wiederholt sich dasselbe Spiel wie bei der Verpachtung der Äpfel. Wie die Pachtpreise in die Höhe getrieben werden, zeigen die folgenden Beispiele aus dem Regierungsbezirk Magdeburg. Wie wir der „Magdeburger Volksstimme“ entnehmen, wurden erzielt bei der Verpachtung der Obstnutzung der Kreisstraßen:

	1914	1915
Gamersleben-Wadersleben	582 M.	1600 M.
Gamersl.-Neuwegersleben	471	601
Gamersleben-Dilleben	1750	3000
Krottorf: Elektrizitätswerk	2485	4800
do. Amt	1000	1700
do. Gemeinde	950	2205
do. Schägengesellschaft	1100	1905

Bis über das Dreifache des früheren Betrages sind also demnach die Pachtpreise in die Höhe geschwollen. Die Pächter treiben die Preise hoch, weil sie wissen, daß sie ungehindert jeden unverkäuflichen Preis für das Obst beim Verkauf fordern können.

In den ersten beiden Kriegsjahren schon war Obst so teuer, daß nur einige Vermittelte sich Obst für den Winter einkaufen konnten, die große Mehrheit des Volkes war dazu nicht in der Lage. Die Folge war, daß bekanntlich ungeheure Obstmengen, die vom spekultativen Handel aufgespeichert waren, in leichtfertigster Weise dem Konsum entzogen wurden, indem sie verkauft wurden. In diesem Jahre liegt die Spekulation noch schlimmer im Hinterhalt, und auch die zahlungsträchtigen Käufer treiben in der Sucht, nur ja sich zu versorgen, die Preise rücksichtslos in die Höhe, dadurch den wenig Vermittelten die Not der Zeit noch mehr erschwerend, statt in solidarischem Zusammenhalten zu erleichtern. Da helfen eben nur behördliche Maßnahmen. Diese Maßnahmen sind möglich, wenn der gute Wille vorhanden ist. Sie sind aber auch nötig, um der Bevölkerung für den Winter wenigstens einen einigermaßen erschwüngen Erfolg für den fehlenden Fettbedarf zu verschaffen.

**Bestandsaufnahme der Web-, Wirk- und Strickwaren am 1. August 1916.**

Auf Grund der Verordnung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe am 20. d. M. findet am 1. August 1916 eine allgemeine Bestandsaufnahme der nachstehend in Gruppe I—VIII bezeichneten Gegenstände statt:

- Gruppe I: a) Stoffe zur Oberbekleidung, b) Wäschestoffe und Futterstoffe, c) anderweitig nicht genannte dichte Gewebe mit einer Mindestbreite von 90 Zentimetern.
- Gruppe II: a) Röcke für Männer (auch Frack, Jaden, Joppen und Ähnl.), b) Westen für Männer, c) Hosen für Männer, d) Mäntel und Umhänge für Männer, Juchten und Anaben, e) Jurtschen und Anabenanzüge.
- Gruppe III: a) Frauenkleider (auch Jadenkleider, b) Blusen, c) Frauenröcke, d) Mäntel und Umhänge für Frauen und Mädchen, e) Mädchen- und Kinderkleider.
- Gruppe IV: a) Unterröcke, b) Morgenröcke, c) Schürzen, d) Decken (Reisedecken, Schlafdecken, Herddecken (auch Wolldecken) und Stranfenbaudecken), deren Stüchgewicht 800 Gramm übersteigt.
- Gruppe V: a) Hemden für Männer, b) Hemden für Frauen, c) Kinderhemden und Josen, d) Unterhosen für Männer und Anaben,

e) Unterhemden für Männer und Anaben, f) Unterzeug für Frauen und Mädchen.

Gruppe VI: a) Männerstrümpfe und Männersocken, b) Frauenstrümpfe, c) Kinderstrümpfe und Kindersocken.

Gruppe VII: a) Bettlaken (Laken), b) Kissenbezüge, c) Deckenbezüge, d) Tischlaken, e) Mundtücher, f) Handtücher, g) Wischtücher, h) Taschentücher.

Gruppe VIII: a) Winter- und Herbsthandschuhe für Männer, b) oben nicht genannte Handschuhe für Männer, c) Frauenhandschuhe, e) Kinderhandschuhe.

Die in Gruppe I—VIII aufgeführten Web-, Wirk- und Strickwaren sind von der Bestandsaufnahme betroffen, gleichviel, ob sie aus Schafwolle, Mohair, Kamelhaar, Alpaka, Kaschmir oder sonstigen Tierhaaren, Kunstwolle, Baumwolle, Kunstbaumwolle, Kunstseide, Naturseide, Wollfasern, Papiergarnen oder sonstigen Pflanzenfasern, aus Abfällen oder Mischungen der genannten Spinnstoffe allein oder aus der Zusammenlegung verschiedener Stoffe hergestellt sind. Von der Meldepflicht ausgenommen sind:

- 1. diejenigen Waren und Vorräte, die durch behördliche Veranlassung beschlagnahmt sind;
- 2. diejenigen Waren und Vorräte, die sich im Eigentum der deutschen Militär- oder Marinebehörden befinden, oder über die Lieferungs- oder Herstellungsverträge mit einer deutschen Militär- oder Marinebehörde bestehen;
- 3. die im Gebrauch befindlichen Gegenstände;
- 4. Vorräte, die sich in den Haushaltungen befinden und deren gemeinhinmögliche Wertverteilung nicht in Aussicht genommen ist.

Meldepflichtig sind die am Beginn des 1. August 1916 vorhandenen Gesamtbestände der oben bezeichneten Gegenstände.

Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, ferner alle wirtschaftlichen Betriebe sowie alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände, die Eigentum oder Gewahrsam an meldepflichtigen Gegenständen haben, oder bei denen sich solche unter Jollaufsicht befinden. Vorräte, die sich am Stichtage nicht im Gewahrsam des Eigentümers befinden, sind sowohl von dem Eigentümer als auch von demjenigen zu melden, der sie an diesem Tage in Gewahrsam hat. Die nach dem Stichtage eintreffenden, aber schon abgeordneten Vorräte sind nur von dem Empfänger zu melden. Neben demjenigen, der die Ware in Gewahrsam hat, ist auch derjenige zur Meldung verpflichtet, der sie einem Lagerhalter oder Spediteur zur Verfügung eines Dritten übergeben hat.

Die Meldungen dürfen nur auf den hierfür vorgesehenen amtlichen Meldebögen eintrifft werden. Für jede der oben bezeichneten Gruppen werden besondere Vordrucke herausgegeben, die beim Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststraße 16, 2 Treppen Zimmer 49, sowie bei der Handelskammer, der Handwerkskammer und bei der Korporation der Kaufleute der Kaufmannschaft erhältlich sind. Die ausgefüllten Meldebögen müssen spätestens am 15. August 1916 beim Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststr. 16, eingereicht sein. Mitteilungen irgend welcher Art dürfen auf Meldebögen nicht vermerkt werden. Die Reichshilfskommission behält sich vor, Muster der angemeldeten Waren einzufordern.

Wer den obigen Vorschriften zuwiderhandelt, wird nach § 20 der Bundesstrafverordnung vom 10. Juni 1916 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft.

**Aus Groß-Berlin.**

**Die Ueberschreitung der Höchstpreise.**

Hast täglich gibt das Polizeipräsidium Fälle von Verstärkungen wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bekannt. Vielfach kommen kleinere Geschäftsleute in Frage, die einen höheren als den vorgeschriebenen Preis gefordert haben. Zunächst werden Straßmandate erlassen, aber auch in vielen Fällen müssen sich die Gerichte mit den Höchstpreisüberschreitungen beschäftigen. Aus den Verhandlungen des königl. Schöffengerichts Berlin-Wedding vom Mittwoch möchten wir zwei Fälle zur allgemeinen Belehrung herausgreifen.

Ein Arbeiter war angeklagt, den Höchstpreis überschritten zu haben. Der Tatbestand lag sehr einfach. Er hatte bei einem Schlächter in Reinickendorf Wurst gekauft. Diese Wurst nahm er nach seiner Arbeitsstelle, um sie zu verzehren. Hier fand er, daß die Wurst stänkerig war, die Haut war schmierig. Kollegen machten ihn darauf aufmerksam, daß er für diese Wurst einen höheren Preis gezahlt habe, als vorgeschrieben war und so ging der Arbeiter nach der Polizei und machte Anzeige. Der Verkäufer wurde bestraft, aber auch der Arbeiter erhielt eine Anzeige, weil auch er den Höchstpreis überschritten habe, indem er den höheren Preis bezahlte. Vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß bei Ueberschreitungen von Höchstpreisen sich Käufer und Verkäufer strafbar machen. Im vorliegenden Falle hat aber der Käufer das Versehen nicht gehabt und der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt beantragte selber Freisprechung.

In einem anderen Falle hat die Frau eines Kermachers in Tegel von einem Schlächtermeister in Tegel eine Junge gekauft, obwohl sie wußte, daß der verlangte Preis den Höchstpreis überstieg. Sie machte geltend, daß sie die Junge nur zum Schein genommen habe, um den Sachverhalt der Polizei vorzutragen. Das hat sie auch getan. Sie ist nach der Polizei gegangen, hat dort die Angelegenheit zu Protokoll gegeben und ist dann wieder zu dem Schlächter gegangen, um sich ihr Geld für die zu hoch bezahlte Junge wiedergeben zu lassen. Auch in diesem Falle sahen Staatsanwalt und Gericht nicht die Absicht, zu höheren als dem vorgeschriebenen Preise zu kaufen und sprachen die Angeklagte frei. Tatsächlich bestehen mehrere Reichsgerichtsentscheidungen, nach denen auch die Käufer sich strafbar machen, wenn sie höhere Preise zahlen, als sie angeordnet sind. In der Praxis führt diese Rechtsprechung zu dem Resultat, daß die Käufer sich hüten werden, den Verkäufer wegen Ueberschreitung der Höchstpreise zur Anzeige zu bringen, wenn sie gewärtig sein müssen, selber bestraft zu werden. Das ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Stelle man sich auf den Standpunkt, den das Reichsgericht eingenommen hat, so müßte schließlich ein Arbeiter bestraft werden, weil er ohne Schuttbüchlein arbeitet, obwohl die Schutzgesetze den Arbeiter schützen sollen. Dann würden aber die Schutzgesetze für die Arbeiter vollkommen illusorisch werden. Das kann die Gesetzgebung nicht wollen. Allem Anschein nach wollte man verhindern, daß gewisse Interessentenkreise durch Ueberbietung der Preise preissteigernd wirken. Wenn man aber den einzelnen Käufer bestraft, wie das jetzt wiederholt vorgekommen ist, wird nun erreicht werden, daß die Ueberschreitung der Höchstpreise durch die Verkäufer ungehindert stattfinden kann oder wenigstens sehr erleichtert wird.

**Neue Postwertzeichen für die besetzten Gebiete.**

W. T. B. meldet: Neue Postwertzeichen für die deutschen Postanstalten in den besetzten Gebieten werden anlässlich der Erhebung der Gebühren eingeführt und zwar für Belgien Freimarken zu 8 Cent, 15 Cent, und 40 Cent, Postkarten zu 8 Cent, Antwortlatten zu 8+8 Cent, und Kartenbriefe zu 15 Cent, für das General-

gouvernement Warschau Freimarken zu 2½ Pf., 7½ Pf. und 15 Pf., Postkarten zu 7½ Pf. und Antwortlatten zu 7½+7½ Pf., für das Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost Freimarken zu 2½ Pf., 7½ Pf., 15 Pf., 50 Pf. und 1 M., Postkarten zu 7½ Pf. und Antwortlatten zu 7½+7½ Pf. Die neuen Freimarken werden zu Sammelzwecken bei der Kolonial-Postwertzeichenstelle des Postamts in Berlin O 2, Königl. 61, vom 28. ab zum Verkauf gestellt. Der Verkaufspreis der belgischen Postwertzeichen zu 8 Cent. beträgt 7½ Pf., zu 15 Cent. 15 Pf. und zu 40 Cent. 32 Pf. Die Postkarten, die Antwortlatten und die belgischen Kartenbriefe werden erst nach dem Aufbrauchen der noch vorhandenen Bestände an eben solchen Postwertzeichen älterer Art ausgeben.

Die juristische Sprechstunde am heutigen Freitag fällt aus. Dafür beginnt die Sprechstunde am Sonnabend bereits um 3 Uhr.

**90 Gramm Butter in nächster Woche.**

In der nächsten Woche wird von der Butterverorgungsstelle Groß-Berlin auf die volle Fettwochenmenge von 90 Gramm nur Butter zur Verteilung gebracht. Der Kleinhandelspreis für die Butter bester Qualität beträgt 48 Pf. für 90 Gramm.

**Drei Eier auf zwei Brotarten.**

Der Magistrat veröffentlicht heute eine am nächsten Montag in kraft tretende Verordnung, nach der auf eine Brotart nicht mehr als ein Hühner- und auf je zwei Brotarten nicht mehr als drei Hühner-er abgegeben werden dürfen. Um jedem Einwohner den ihm nach seiner Brotart zukommenden Eierbezug zu sichern, war es erforderlich, auch die Menge der den Hotels, Gastwirtschaften, Speiseanstalten, Bäckereien, Konditoreien bisher gelieferten Eier erheblich herabzusetzen.

**Das Ueberhandnehmen der Vorausbestellungen.**

Der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin sind zahlreiche Beschwerden wegen des Ueberhandnehmens der Vorausbestellungen zugegangen, weil dadurch vielfach große Teile der im Kleinhandel befindlichen Warenvorräte denen, die keine Vorausbestellungen vornehmen, entzogen würden, und insbesondere der wohlhabende Teil der Bevölkerung hierdurch eine Bevorratung erfahre. Auch sind viele Zweifel entstanden über die Zulässigkeit der Vorausbestellungen im Hinblick auf die Bestimmung in der Preisabhangsverordnung vom 28. Januar 1916, daß die Abgabe der im Kleinhandel üblichen Mengen nicht verweigert werden dürfe. Die Beschwerden dürften sich zum Teil insofern erledigen, als für die wichtigsten Lebensmittel, wie Fleisch und Speisefette jetzt besondere Regelungen getroffen sind, wonach die Abgabe nur nach vorheriger Anmeldung erfolgen darf. Immerhin erschien es erforderlich, mit Rücksicht darauf, daß bei anderen Waren eine solche Regelung nicht besteht, die Frage der Vorausbestellungen zu ordnen. Da die Zulassung der Vorausbestellungen zu großen Unzulänglichkeiten geführt hat, hat die Preisprüfungsstelle sich dahin schlüssig gemacht, Vorausbestellungen, soweit nicht eine besondere Regelung besteht, dem Grundlag nach zu verbieten. Auch sind die von einzelnen Firmen eingeführten Kundenbons (Gutscheine) nunmehr für unzulässig erklärt.

Den Bedürfnissen der tagsüber auf Arbeit befindlichen Personen, nach Arbeitslohn Lebensmittel einzulösen, wird im Einvernehmen mit den zuständigen Fachorganisationen in anderer Weise Rechnung getragen werden.

**Wegen übermäßiger Preissteigerung geschlossen.**

Auf Anordnung des Oberkommandos sind die gesamten Geschäftsräume der Firma Gustav Corbs zu Berlin, Leipziger Str. 88/89, wegen übermäßiger Preissteigerung einstweilen geschlossen worden, bis die Firma der Anordnung des Oberkommandos gemäß ihre Verkaufspreise entsprechend den gesetzlichen Vorschriften über die Verkaufspreise von Web-, Wirk- und Strickwaren richtig gestellt haben wird.

**Hierzu erklärt die Leitung der Firma Corbs:**

In den beteiligten Kreisen besteht nach wie vor Unklarheit über die Anwendung der Verordnungen auf Modeartikel. Die Firma Corbs sah sich genötigt, alte Waren, die noch zu billigen Preisen eingekauft waren, mit erhöhten Preisen zu versehen, um sich gegen Verluste, die durch die hohen Preise der letzten Monate — die vielfach gar keinen Augen mehr liehen — eintreten mußten, zu sichern. Sie verkaufte daher zu Durchschnittspreisen und ermöglichte es auf diese Weise, das Publikum fortlaufend mit Stoffen zu versehen. Durch die Vermittlung unserer Kriegesgesellschaften hat die Firma Stoffe zu Preisen aufgekauft, die höher sind, als ihre bisherigen Verkaufspreise. Das bedingte naturgemäß den Ausschlag eines größeren Gewinns auf die alten Bestände zum Ausgleich. Die Realkalkulation, die auf Wunsch des Oberkommandos vorgenommen wird, kann sich nach Lage der Dinge nicht nur auf die alten Waren erstrecken, sondern sie muß auch die Verkaufspreise der sehr teuer eingekauften neuen Waren erfassen. Die Firma wird die Arbeiten natürlich so sehr wie möglich beschleunigen und dürfte den Betrieb sofort nach deren Beendigung wieder eröffnen.

**Zur Schiffskatastrophe auf der Oberspre.**

Die von der Staatsanwaltschaft II Berlin geführte Untersuchung hat nach Vernehmung weiterer Zeugen, die sich inzwischen gemeldet haben, immer deutlicher ergeben, daß Kapitän Kammwischer vom Dampfer „Hindenburg“ an dem furchtbaren Unglück mitschuldig ist, indem er gegen die Wasserpolizeiverordnung vom 17. Januar 1906 verstoßen hat. Er hat es unterlassen, das Motorboot durch Signale über seine Fahrtrichtung zu unterrichten, er hat lediglich zweimal die Schiffslokale läuten lassen. Daraufhin hat der Motorbootführer annehmen können und auch wohl angenommen, daß der Dampfer nach rechts ausbiegen werde. Statt nach rechts steuerte der Dampfer aber nach links hinüber. Wie leicht der verhängnisvolle Unfall hätte vermieden werden können, beweist der bisher nicht genügend hervorgehobene Umstand, daß das Motorboot nicht etwa in der Mitte, sondern am Heck getroffen worden ist; wenige Sekunden hätten genügt, um die Fahrt vorüberkommen zu lassen.

Auch bis Donnerstag sind weitere Leiden nicht mehr gefunden worden, sodah man nun wohl mit Bestimmtheit annehmen kann, daß die Zahl der Todesopfer auf 21 beschränkt bleibt. Wiergehn der Ertrunkenen sind von der Köpenicker Leichenhalle aus nach ihren Wohnorten übergeführt worden, die übrigen sieben werden möglicherweise in Einzelgräber in Köpenick beigelegt werden. Die Stangen, die bisher die Unfallstelle bezeichnen, sind jetzt entfernt worden; nur das in der Nähe am Köpenicker Ufer liegende zertrümmerte Motorboot „Anna“ erinnert noch an das entsetzliche Unglück.

**Grober Unfug.**

In der „Morgenpost“ vom 25. Juli wird zu dem Schiffunglück auf der Oberspre mitgeteilt, daß auch ein Paul Wreschen, Tubergstraße 24, vermißt wird. Hierzu wird uns berichtet, daß dieser Mann seit drei Wochen nach hier zum Arbeiten kommandiert ist. Aus Ill hätten Kollegen desselben der „Morgenpost“ die genannte Mitteilung gemacht, und die „Morgenpost“ hat ohne weiteres davon Notiz genommen. Der Mann befand sich am Sonntag überhaupt nicht in jener Gegend, wo das Unglück passierte. Alle Bekannte

Nesen zu den alten Eltern, bei denen der junge Mann wohnt. Der „Bemühte“ sah gemüthlich beim Abendbrot und wachte von nichts. Die Kollegen wälzten sich förmlich vor Lachen. Solche Späße sollten wirklich unterbleiben.

### Zur Beachtung für die Bildungs- und Jugendausschüsse!

Das Jugendsekretariat ist ab Sonnabend, den 29. Juli 1916, auf die Dauer von zwei Wochen geschlossen. Dringliche Angelegenheiten werden während dieser Zeit im Verbandsbüro, Lindenstr. 8, oder an den Freitagabenden 1/2 6-1/2 Uhr im Jugendsekretariat erledigt.

### Kriegs-Wahrsagezwindel.

Die Wahrsagerinnen treiben, obwohl ihnen der Geschäftsbetrieb durch gerichtliche Entscheidung untersagt ist, noch immer ihr Unwesen. Man findet zwar ihre Lokale nicht mehr in jenen Zeitungen und Zeitschriften, die früher jahrelang aus der Unterstützung dieser gemeingefährlichen Schwindlerinnen ein Geschäft machten. Ebenso ist das Verteilen von anreizenden Zeiteln der „Frauenwunderbar“ auf offener Straße und in den Häusern unterbunden. Im stillen aber wuchert das Unheil weiter. Tausende von einflussreichen Frauen wissen ganz genau, wo sie die Wahrsagerinnen zu finden haben. Hin und wieder kann wohl die Polizei zugreifen, in den meisten Fällen läßt sich nichts Sicheres feststellen. Das Schlimme ist jetzt, daß sich die im geheimen arbeitenden Wahrsagerinnen, die auf ihr einträgliches Gewerbe so leicht nicht verzichten wollen, darauf gelegt haben, leichtgläubigen Kriegerfrauen zu prophezeien, ob ihr Mann fällt oder glücklich heimkehrt. Was für Unheil daraus entstehen kann, ist ohne weiteres klar.

Unter der Selbstbeschuldigung des Gattenmordes stellte sich in der vergangenen Nacht in Spandau der 31 Jahre alte Landsturmmann Julius Giesecke aus der Wollankstraße 111 zu Pantow der Militärbehörde zur Verfügung. Giesecke gab an, daß er in der Nacht 23 Jahre alte Ehefrau Martha in der Wohnung erschossen habe. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei in Pantow forschte nach und fand die Wohnung verschlossen. Auf Klopfen und Klingeln erhielt sie keine Antwort. Als man dann mit Gewalt öffnete, fand man die Angabe des Mannes bestätigt. Frau Giesecke lag tot in ihrer Bekleidung. Ihr Mann hatte ihr eine Revolverkugel in die rechte Schläfe geschossen. Wahrscheinlich hat ihn Eifersucht dazu getrieben, weil er vermutete, daß ihm seine Frau während seiner Abwesenheit untreu geworden sei. Ob diese Vermutung richtig war, ließ sich noch nicht feststellen. Die Leute waren kinderlos verheiratet. Die Leiche blieb vorläufig noch in der Wohnung, bis eine Gerichtskommission eine Obduktion vorgenommen und den Befund festgestellt hat. Im Hause hatte niemand etwas von dem schaurigen Vorgang wahrgenommen.

Sterbend aufgefunden wurde gestern nachmittag ein Mann auf der Treppe des Hauses Pallasche Str. 9. Die Wirtin nahm sich seiner an und sorgte für ärztliche Hilfe. Ein Arzt von der Rettungswache am Kempelhofener Ufer, der bald erschien, konnte aber nur noch den Tod feststellen. Der Verstorbene, der wahrscheinlich einem Herzschlag erlegen ist, wurde später festgestellt als der 56 Jahre alte Kaufmann Hermann Feind aus der Marfilstraße 24.

Einsturz bei der N. E. G.-Schneelbahn. Ein Unfall beim Bau der Schneelbahn Gesundbrunnen-Neukölln, der zu übertriebenen Geräuschen Veranlassung gab, hat sich am gestrigen Nachmittag an der Ecke der Brunnen- und Veteranenstraße ereignet. Dort gab die untere Abbruchwand der Baugrube plötzlich nach und stürzte am Ende des Tunnels ein. Dadurch senkte sich naturgemäß die Decke des Baukastens auf 3 bis 4 Meter, so daß die Gleise der Straßenbahn auf dieser Stelle freigelegt wurden. Infolgedessen mußten die Unfallstelle befahrenden Straßenbahnlinien über Weinbergsweg und Kramlerstraße umgeleitet werden. Glücklicherweise sind bei dem Unfall Personen nicht zu Schaden gekommen. Auch der Sachschaden ist nur gering und die Bauarbeiten erleiden keine besonders erhebliche Verzögerung. Die Instandsetzungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden und dürfen am heutigen Morgen bereits beendet sein. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht genau festgestellt; wahrscheinlich ist das Nachgeben der Erdmassen auf die andauernden Regenmengen der letzten Tage zurückzuführen, durch die der Erdboden aufgeweicht und gelockert worden ist.

Ein Feldpostpaketmarder wurde von der Neuköllner Kriminalpolizei unerschrocken gemacht. Der 48 Jahre alte Kaufmann W. aus der Sanderstraße war auf dem Postamt in der Hohenschuldenstraße zur Ausschilfe beschäftigt und mit der Abfertigung der Feldpostpakete beauftragt. Er mißbrauchte das Vertrauen dazu, nach und nach eine größere Anzahl Feldpostpakete zu unterschlagen, um die Freimarken zu verwenden. Diese sollten dazu dienen, einen Fehlbetrag in seiner Kasse zu decken. Den Inhalt der Pakete ließ er in seiner Wohnung liegen. W. räumte 68 Unterschlagungen ein.

## Aus den Gemeinden.

### Ausgabe der Seisenkarte in Charlottenburg.

Die Ausgabe der Seisenkarte an die Haushaltungen wird durch die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter vorgenommen. Diese holen die für ihr Haus bestimmten Seisenkarten am Montag, den 31. Juli oder Dienstag, den 1. August, in der Zeit von 4-8 Uhr nachmittags von der zuständigen Protokollkommission ab.

### Die Verabfolgung der Bekleidungscheine in Wilmersdorf.

Die Prüfung der Notwendigkeit von Anschaffungen und die Ausfertigung von Bezugscheinen ist dem Magistrat übertragen worden. Stellung des Antrages hat in der Form zu erfolgen, daß der Antragsteller den oberen Teil des Bezugscheines A, zu dem Vordrucke im Hochbauamt, Brandenburgische Straße 1, Zimmer 45, sowie in den Steuerzahlstellen entnommen werden können, ausfüllt und unter der Adresse „Magistrat Berlin-Wilmersdorf“ einsendet oder im Hochbauamt, Zimmer 45, vorlegt.

### Aus der Tegeeler Gemeindevertretung.

Zu Beginn der letzten Sitzung stiftete Assessor Laegel der Vertretung seinen Dank ab für seine einstimmige Wahl zum Vorsitzenden Schöffen. Sodann gab er den Bericht der Verwaltung des Verbandskrankenhauses in Heimisdorf, insbesondere über die Beteiligung der einzelnen Gemeinden an der Verlegung, ab; danach wurden, auf 1000 Einwohner berechnet, von Laegel 1911, 1912 und 1913 je 9 Betten, 1914: 7 und 1915: 14 Betten. In letzter Zeit ist dieses Krankenhaus stark als Militär-Innereit benützt worden, wodurch die Verlegung durch die Verbandsgemeinden stark beeinträchtigt war. — Zur besseren Aufbewahrung des der Gemeinde zugetheilten Fleisches sollte es bisher an geeigneten Abstellräumen; wie der Vorsitzende mitteilte, hat jetzt die Firma Vorkamp der Gemeinde einen Kältraum zur Verfügung gestellt, wodurch einem erheblichen Uebelstande abgeholfen ist. — Einem Antrage der Firma Vorkamp auf Erteilung der Genehmigung zur Ueberquerung der Vorkampstraße mit einem normalspurigen Eisenbahngleis wurde zugestimmt. — Die Berliner städtischen Elektrizitätswerke hatten mit der Firma Vorkamp einen Vertrag zur Lieferung von Strom abgeschlossen ohne vorherige Genehmigung der Gemeinde Tegeel, wozu sie verpflichtet waren. Die nachträglich beantragte Genehmigung erfolgte mit der Maßgabe, daß die Elektrizitätswerke 0,15 Pf. und Vorkamp 0,1 Pf. pro Kilowattstunde Abgaben entrichten. Die Firma hat sich zu einem Verbrauch von circa 7 Millionen Kilowattstunden verpflichtet; es erwächst mithin bei 1/2 Pfennig Abgabe der Gemeinde eine Einnahme von rund 17.500 M. pro Jahr.

Die bei der Gemeinde beschäftigten Beamten, Beamtinnen, Lehrer und Lehrerinnen hatten Wünsche auf Gewährung von Teuerungszulagen geäußert. Nach längeren Beratungen schlug die Finanzkommission folgende Teuerungszulagen, rückwirkend vom 1. April 1916 ab, vor: an Verheiratete mit einem Einkommen unter 1800 M. monatlich 80 M. und für jedes Kind 5 M., von 1800 bis 2400 M. — 20 M. und 5 M., jedoch nicht mehr als 40 M. monatlich; von 2400—3000 M. — 15 M., von 3000—4000 M. nur 5 M. für jedes Kind monatlich. An Ledige mit einem Einkommen von nicht mehr als 1200 M. je nach Leistungen und Bedürftigkeit nach Festlegung durch den Gemeindevorstand; bei 1200—2400 M. monatlich 12 M.; bei den Gemeinde- und Betriebsarbeitern wird die bisherige Zulage auf 1 M. pro Tag erhöht und außerdem für jedes Kind monatlich 5 M. (bis zum Höchstalter von 16 Jahren). Für Ledige mit eigenem Hausstand gelten die Bestimmungen für Verheiratete. — Aus dem Metallverkauf sind 7000 M. Ueberflüssig erwachsen; die Vertretung beschloß, 2000 M. an die mit dem Verkauf betrauten Arbeiter zu verteilen, die diese Arbeit in ihrer freien Zeit leisteten, den Rest von 5000 M. der Gemeindeverwaltung zur Verfügung zu stellen. — Es folgte noch eine vertrauliche Sitzung.

### Zur Steglitzer Massenspeisung.

Vom Montag, den 31. Juli, ab findet in den Küchen die Anrechnung der Fleisch- und Kartoffelrationen statt. Wer also Essen beziehen will, muß bei Beginn der Empfangswoche seinen „Steglitzer Lebensmittelausweis“ sowie die für die betreffende Woche gültigen Fleisch- und Kartoffelkarten an der Kasse einer der drei Vollständigen vorlegen. Dort werden die entsprechenden Abschnitte abgetrennt und dafür ein „Verrechnungsausweis“ für die Küche ausgehändigt. Die Essenmarken werden auf Grund dieses Verrechnungsausweises, in dem der Empfangstag durchlocht wird, verabfolgt. Die gleichen Vorschriften gelten auch für Gäste mit freien oder vorher erhaltenen Küchenmarken.

### Ferienspiele in Neukölln.

Sonntag, den 30. Juli, findet auf dem Platz der Freien Turnerschaft ein großes Kinderfest statt. Anfang 8 Uhr. Eintritt frei. Die Kinder treffen sich um 1/2 10 Uhr an den bekannten Sammelplätzen. Der Turnplatz befindet sich hinter der Kaiser-Friedrich-Brücke links durch die Laubentkolonie.

## Aus aller Welt.

### Widerstände gegen das Pilzjammern.

Regierungspräsidenten und Landräte bitten vergeblich, wenn es sich um Pilzschaden handelt. Gestützt auf die öffentliche Bitte des Regierungspräsidenten zu Potsdam, den Pilzjammern die Wälder zu öffnen, und auf die Aufforderung des Landrats des Kreises Zeltow, sich durch Pilzjammern zu betätigen, erbat ein Freund des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen von den Besitzern der drei seinem Wohnorte nächstliegenden Waldungen die Sammel-erlaubnis. Während diese von Frau Rittergutsbesitzer Wädmann in Dahlenberg bereitwillig erteilt wurde, antwortete Herr Hauptmann Spieckermann in Rangsdorf, dort gleichzeitig auch Amtsvorsteher und Gutsvorstand: „Christlich mit dem Erwidern zurück, daß aus sehr triftigen Gründen die nachgesuchte Erlaubnis nicht erteilt werden kann,“ und Frau Gräfin v. Wartenstelen ließ durch ihren Gutsvorsteher antworten: „Im Auftrage der Frau Gräfin die Mitteilung, daß das Betreten der Gutsvorsteher Blantenfelde streng untersagt und bei Strafe verboten ist.“

Auch aus Pommern können wir noch einige solche Skandalöse Verbote nachtragen. In der Kreiszeitung für Pabes in Pommern befinden sich neben den von uns schon mitgeteilten Namen, unter denen das Verbot des Pilz- und Weizensammelns bisher erging, noch die folgenden: von Orde, Nonin; Graf von Knigs-mard, Madem; Perrin, Schlönwig. Die Herrschaften werden es uns nicht übelnehmen, wenn wir der Öffentlichkeit zeigen, wie sie sich um das Vaterland verdient machen.

### Immer noch verdorbene Lebensmittel.

Ein Stückchen Käse ist jetzt für die meisten Menschen ein seltenes Nahrungsmittel. Entweder ist Käse ziemlich hoch im Preise stehend oder aber — was auch noch öfters vorkommt — gar nicht zu haben. Da ist es um so empörender, daß man diese Ware noch zentnerweise verderben läßt, wie ein erneuter Fall dies zeigt. Ein Leser des „Fränk. Volksfreund“ erhielt unterm 20. Juli brieflich folgendes Angebot einer Würzburger Firma: Futter für Fische und Geflügel. Verdorbenen Käse 50 Kilogramm 30.— M. ab Wdg., geg. Nachnahme oder Voreinsendung. Käseabfälle sind z. B. das Beste, was für Geflügel u. Fische gefüttert werden kann. Ich habe in Sa. nur ca. 5 Str. abzugeben und bitte um Ihren umgehenden Bescheid. Hochachtungsvoll (folgt Firma).

Wann wird man dieses läßliche Kapitel endlich einmal schließen können?

### Neun Pfund Butter — 45 Mark.

Einer Anzahl wohlhabender Berliner Haushaltungsvorstände ist dieser Tage ein schriftliches Anerbieten von einem Butterhändler zugegangen, das vom „Berliner Tageblatt“ der Öffentlichkeit unterbreitet wird. Es hat folgenden Wortlaut: Dem Leser Heil.

Mit heutigem Brief erlaube ich mir Ihnen die Mitteilung zu machen, daß ich seit vergangener Woche wieder imstande bin, Ihnen mit allerbesten holländischer Lutter zu dienen. Ich bedauere, daß ich einen so hohen Preis Ihnen fragen muß — Alles ist aber sehr viel teurer im Leben geworden —, und für unsere Konsumenten müssen wir auch viel bezahlen. Wie das ist, kommt auch eigentlich nicht darauf an, die Hauptsache ist doch wohl, daß wieder Neun-Pfund-Pakete sauberer, holländischer Naturbutter frei ins Haus in ganz Deutschland geliefert werden können. Wie Sie wissen, wird unsere Butter von der königlichen niederländischen Regierung garantiert als von erstklassiger, sehr reinfarber, reich-aromatischer Qualität, und als solche gestempelt mit dem königlichen niederländischen Wappen. Unseren werten Kunden und Interessenten teilen wir wiederholt mit, daß einen Zoll für Butter durch Deutschland nicht berechnet wird und erhalten Sie also das Paket, frei ins Haus, ohne weitere Kosten. Die Verpackung ist sauber und sachgemäß hergestellt und wird nicht berechnet. Das Paket von netto neun Pfund Holland allerbesten Naturbutter liefere ich bis zum 1. September für 45 M. Der Betrag ist mir mittels Postanweisung oder in einem eingeschriebenen Geldbrief einzusenden, nach Erhalt desselben hat die Abholung durch die Post somit stattgefunden. Wiederholt spreche mein Bedauern aus, daß der Preis derart hoch ist, hoffe jedoch, daß ich Ihnen zu Diensten sein kann. In der angenehmen Hoffnung, ganz schnell von Ihnen zu hören, zeichne mit vorzüglicher Hochachtung und treu germanischem Gruß Ihr ergebener . . .

Der Absender dieses eigenartigen Briefes ist ein holländischer Blumenzwiebelhändler. Er scheint der Meinung zu sein, daß sich seine Zwückeri, denen er sich selbst erschlichlich schämt, mit germanischer Abstammung sehr gut in Einklang bringen läßt. Um Kunde-schaft braucht ihm übrigens auch nicht bange zu sein, denn so lange noch Butter frei im Handel zu haben ist, finden sich noch zahlungs-fähige Leute genug, die selbst diese hohen Zwückerpreise bezahlen.

Schweres Eisenbahnunglück in Köln. Amlich wird mitgeteilt: Donnerstag nachmittag 2 Uhr 32 Minuten entgleiste der Perlenzug 419 Gerbestal-Köln bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Köln-Ehrenfeld. Die vier letzten Wagen des Zuges stürzten um. Zwei Reisende wurden getötet und etwa 25 verletzt, darunter einige schwer. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Der Zugverkehr wird durch ein-gleisigen Betrieb aufrechterhalten.

23 658 Mark Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung. Die Strafkammer in Rottbühl beurteilte den Fabrikbesitzer Adolf Greichel in Spremberg zu einer Geldstrafe von 23 658 M., der sechsfachen Höhe des hinterzogenen Steuerbetrages von 3943 M. Der Generalprokurator konnte in diesem Falle nicht zur Anwendung kommen, da der Angeklagte nicht freiwillig die Hinter-ziehungen angegeben hatte.

Eine gewaltige Feuersbrunst ist nach einem Telegramm des „Ausloje Slowo“ aus Waku in den Rapsidagruden bei Sa-bundski ausgebrochen. Der Schaden ist sehr groß. 87 Wohn-türme sowie acht Behälter mit Rapsidagruden sind vernichtet worden.

Großer Brand in Mailand. Auf dem Bahnhof in Mailand ist im Baumwollager, in dem Ballen für 780 000 Lire lagern, Feuer ausgebrochen.

Die Hitze in New York. Schweizerische Blätter melden aus New York, daß im Staate und District New York und in Chicago die Gluthitze andauert. Täglich werden 30 bis 40 Per-sonen an Hitzschlägen und Sonnenstichen getötet. Hunderte von Erkrankungen sind infolge der Hitze zu verzeichnen. Die Temperatur stieg in New York und Chicago in den letzten Nachmittagen auf 96-100 Grad im Schatten. Die Nächte sind derzeit schwül, daß Tausende in den öffentlichen Parks oder auf sonstigen freien Plätzen übernachteten.

### Parteiveranstaltungen.

Sechster Wahlkreis. Alle Brief- und Postsendungen, welche den Wahlverein betreffen, sind an Hermann Müller und alle Geldsendungen an Paul Vinting, Wahlvereins-Bureau, Gerichtstr. 71, zu senden.

### Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiter-Jugend. Sonntag, den 30. Juli: Befähigung des Botanischen Gartens, anschließender Spaziergang nach Jeshendorf. Treffpunkt: 1 Uhr Bahnhof Schöneberg. Jahrgeld 10 Pf. Mittwoch, den 2. August: Absonnerer-Sammlung im Lokal von Henkel, Reinerger Straße 8. Anfang 8 Uhr. Nachdem Ausgabe von Bibliotheksbüchern.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Mitgliedhaft Berlin. Sonntag, den 30. Juli, Treffpunkt sämtlicher Abteilungen in Ahrensfelde, Restaurant Schmieder. Abfahrt 7.26 Uhr und 1.05 Uhr vom Briesener Bahnhof, Fruchtstraße, bis Ahrensfelde.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 17. Heft vom 2. Band des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Länder am Stille Ozean. Von A. Kautsch. — Die Ueberwindung der wirtschaftlichen Bedeutung des Kapitalports und des Imperialismus. Von G. Barga. — Die Kämpfe um Knappschaftsreform. Von Linus Scheide (Vogelm). (Schluß). — Literarische Rundschau: Charles Rappoport, Jean Rauds. Von K. K. Ewald Banse. Die Länder und Völker der Türkei. Von O. J. Hermann Schumacher. Antwerpen, seine Weltstellung und Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben. Von a. h. — Anzeigen: Hermann Wendel, Mah-Lesungen und die Sozialdemokratie. Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienenen Nr. 16 des achten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Ferien für die Arbeiterjugend. — Ein Unternehmerorgan gegen Arbeiterkriegen. — Mein erster Festtag. Von Hermann Dreßler. — Die Waisenanstalten der Hinterbliebenenversicherung. Von Fr. Kleis. — Eine taubstümml. Schinde. Von V. H. Bürgel. (Mit Abbildungen). — Begegnung. Gedicht von Max Barthele (im Feid). — Die Willensfreiheit. Von Hans Wardenald. — Die Gasse. Von Oskar Böhrle (im Feid). — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschafflichen Lage. — Die Glode. Sozialistische Wochenchrift. 17. Heft. Herausgeber: Pardus. 20 Pf. — Verlag für Sozialwissenschaft, Rumpfen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde am heutigen Freitag fällt aus. Dafür beginnt die Sprechstunde am Sonnabend bereits um 3 Uhr.

66. Gütergog. Sie können den Antrag stellen. Ihre Veranlagung nachträglich herabzusetzen, weil infolge Krankheit Ihr Einkommen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist. Der Antrag ist an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten. — Nr. 12. 1. Das Kriegswidewend beträgt für die Witwe eines Gemeinen 400 M. jährlich; jedes der Kinder erhält 165 M. 2. Rein. Das Witwen- und Waisengeld wird monatlich im voraus gezahlt. 3. Rein. — 2. 16. Um Altersrente zu erlangen, muß der Betreffende 65 Jahre alt sein und die Wartzeit zurückgelegt haben. Wieviel Renten dazu gezahlt sein müssen, ist abhängig im „Vormwärts“ vom 13. Juli dargelegt worden. — 2. 11. 1. und 2. Die Bezeichnungen sind nicht bekannt. Sie beziehen sich nicht auf Dienstverwendungsfähigkeit. 3. An die Polizeibehörde. — 6. 9. 100. Die Höhe legt das Gericht nach beliebigem Ermessen unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse fest. Etwa 20-30 M. wird wohl in Ihrem Falle als angemessen erachtet werden. — 2. 3. Kriegswidewend 34. Leider haben Sie auf mehr gegen die Versicherungsanstalt keinen Anspruch. Das, was Ihnen gezahlt wird, ist die sogenannte Krankrente. — 2. 2. Der Verrentete muß kündigen oder für den August die Miete zahlen. — 2. 6. 17. Leider würde ein solcher Antrag ausichtslos sein. Wähten Sie ein Gefühl um Vertrauensstellung an den Magistrat. — Königberg M. 2. Leider ist nur möglich, einen Antrag an den Neuköllner Magistrat auf Zahlung von Krankentloz zu stellen. — M. 2. 1. und 2. Rein. — 6. 6. Ueber den Verbleib in russische Gefangenschaft Geratener erteilt für Norddeutschland der Hamburgische Landesverein zum Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Ferdinandsstr. 75, Auskunft. Für Süddeutschland wendet man sich an den Verein vom Roten Kreuz für deutsche Kriegsgefangene, Frankfurt/Main, Zeil 114. — Grachtstr. 15. Der Mietvertrag läuft, auch wenn das Haus ver-kauft ist, weiter. Eine Ausnahme findet nur statt, wenn das Haus etwa durch Versteigerung in den Besitz eines neuen Eigentümers gekommen ist. Dann kann dieser zum Schluß des auf seinen Erwerb folgenden Quartals auch länger dauernde Verträge kündigen. Hat der neue Eigentümer durch Zwangsversteigerung z. B. im Juli, das Haus erworben, so würde er spätestens bis am 3. Oktober zum 31. Dezember kündigen können. — 6. 2. 42. 1. Rein. 2. Verlangen Sie die Auszahlung des Betrages, weil das Papier im Laufe fallen kann. — 2. 6. 23. Straußbar welche Ihre Tochter keineswegs; die Dame könnte höchstens Schadenersatz verlangen, dessen Entstehung und Höhe sie aber beweisen müßte. — 2. 2. 28. 1. Die Kosten betragen nur einige Mark. 2. Das ist leider un-möglich. 3. Gegen das Urteil könnte Berufung eingelegt werden, aber diese erscheint ohne Aussicht auf Erfolg. Von der Einlegung der Be-ruufung ist deshalb abzuraten. — 2. 3. 77. Garnison- und arbeitsverwendungsfähig. — 2. 2. 2. Berlin, Friedrichs-Karl-Ufer 5. — 2. 2. 24. Schachklub tagt jeden Donnerstag 8 1/2 Uhr bei Pöppel, Seebaustr. 1. Dem Wahlverein beizutreten sind Sie berechtigt. Auch in der Arbeiter-Bildungsschule würden Sie das Gernächste finden. — 6. 3. 100 und Entbindung. Wenden Sie sich an die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, Berlin, Auguststr. 17. — 2. 2. 26. Damit müssen Sie sich an den Metallarbeiterverband wenden, Linienstr. 63-65. Von dort aus werden die Kriegsheimangelegenheiten geregelt. — 6. 2. 22. Kriegskinderbetende Deutsche Frauen, Privatanzel der Frau Kron-prinzessin, Potsdam. Ob und wie hoch Sie bedacht werden, läßt sich vorher nicht sagen. — 6. 2. 100. 1. Wegen die immobile Wohnung ist nichts zu machen. Mit dem Kriegsbrech ist die Sache etwas anders. 2. Kann wegen unerlaubter Entfernung bestraft werden. Die Strafe kann Arreststrafe oder Gefängnis bis zu 6 Monat sein. — 2. Erhalten. — 6. 2. 127. 1. 1908. 2. Rudersdalb Jahre. 3. Militarismus und Antimilitarismus. —

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Warm und vorwiegend heiter, aber zeitweilig häßler demüßt. Im Süden streichweise Gewitter.